Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 1. Dienstag, den 1. Jänner 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 28. December 1894 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung. Ebenso die Herren Gem.-Räthe Gerhardus, Pollak, Schneiderhan, Dr. Huber und Schlögl.

2. Ich habe der Versammlung über eine größere Widmung Mittheilung zu machen.

Ein Ungenannter, welcher im Jahre 1884 100.000 fl. Goldrente mit der Widmung für eine später zu bestimmende Stiftung erlegt und im Jahre 1888 dieses Capital durch Übermittlung von 20.000 fl. Goldrente vermehrte, spendete am 25. d. M. den weiteren Betrag von 10.000 fl. Goldrente (Beifall) zur Vermehrung des Stiftungscapitales. Da die gespendeten Beträge dem Wunsche des Stifters gemäß fructificiert worden sind, hat sich der ursprüngliche Betrag von 100.000 fl. Goldrente sammt den später gewidmeten 20.000 fl. Goldrente bereits auf 181.689 fl. 6 kr. erhöht und beträgt nunmehr inclusive der zuletzt erlegten 10.000 fl. Goldrente das gesammte Capital 191.689 fl. 6 kr. (Erneuerter Beifall.) Der Spender hat sich vorbehalten, innerhalb der Zeit bis zum Jahre 1900 eine Bestimmung über diese Stiftung zu Gunsten von nach Wien zuständigen Personen zu treffen. (Die Versammlung erhebt sich unter lebhaftem Beifalle.)

3. Ein Ungenanntseinwollender hat zur Vertheilung an Arme zur Weihnachtszeit 1000 fl. gespendet.

4. Ein Ungenanntseinwollender für Arme 200 fl.

5. Unter der Chiffre „N. N.“ wurden mir für Arme 100 fl. übersendet.

6. Herr C. M. Frank, k. u. k. Hoflieferant, hat 200 fl. gespendet, und zwar für Weihnachtsbescherungen der Waisenkinder 100 fl. und zur Beköstigung armer Schulkinder 100 fl.

7. Ein Ungenanntseinwollender hat für wohlthätige Zwecke nach meiner Wahl der Gemeinde Wien 100 fl. gespendet.

8. Se. Excellenz der Herr Statthalter hat zur Beköstigung armer Schulkinder 200 fl. gespendet.

9. Fürst Wrede hat für die städtischen Sammlungen ein Album gespendet, enthaltend verschiedene bei der internationalen Ausstellung für Volksernährung &c. ausgestellt gewesene Wagen.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

10. Vom Ortsschulrathe des IX. Bezirkes ist mir folgende Zuschrift zugekommen (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Seitens der Redaction des „Neuen Wiener Journal“ wurde dem Ortsschulrathe des IX. Bezirkes ein Betrag von 521 fl. zu dem Zwecke übergeben, um armen Schulkindern des IX. Bezirkes ein warmes Frühstück, bestehend aus $^1/_4$ l abgekochter Milch und Brot, zu verabreichen.“

Dieses Frühstück ist für 200 Kinder an sämmtlichen Schultagen des Jänner und Februar 1895 bestimmt und wird mit der Verabreichung ab 2. Jänner k. J. begonnen werden.

Der Ortsschulrath bringt das zur Kenntnis und bittet, der genannten Redaction den Dank auszusprechen, was hiemit geschieht. (Bravo! Bravo!)

11. Herr Gem.-Rath Gregorig hat in der Sitzung vom 19. December wegen eines Vorfalles in einem Spitale interpelliert, bei welchem eine 76jährige Greisin am Auge verletzt worden sein soll (Gem.-Rath Gregorig: Das Auge ist ausgestoßen worden!), so dass sie das Augenlicht an diesem Auge verloren habe.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen (liest):

„In Entsprechung des Auftrages zur Beantwortung der Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Gregorig in Angelegenheit der Theresia Sommer berichtet der gefertigte Armenreferent auf Grund der gepflogenen Erhebungen, dass

ad Punkt 1 dem Armenfonde der Stadt Wien durch die Verletzung der anher zuständigen Theresia Sommer kein Schaden erwächst, da sie schon seit dem Jahre 1882 im Bezuge einer Pfründe steht und die Genannte bei Erhöhung derselben, als sie noch nicht um ihr rechtes Auge gekommen, infolge mehrfacher Körpergebrechen von dem städtischen Armenarzte als gänzlich arbeits- und erwerbsunfähig bezeichnet wurde, somit für die Commune Wien kein Anlass vorliegt, gegen den Arzt einzuschreiten, welcher der Obigen die Verletzung zugefügt hat, es daher nur der Beschädigten zukommt, etwaige Ansprüche an diesen persönlich geltend zu machen;

ad 2 der städtische Armenarzt Herr Dr. Friedrich Bernheim von dieser Verletzung aus den im mitfolgenden Protokolle angegebenen Gründen keine Anzeige erstattete und mit Rücksicht auf die Protokollsangaben hiezu auch keine Ursache hatte."

(Gem.-Rath Gregorig: Hört! Hört! — Gem.-Rath Hawranek: Bernheim! Das muss ein Arier sein!)

Das Protokoll lautet (liest):

„Es erscheint Herr Dr. Friedrich Bernheim, städtischer Armenarzt, XV., Schönbrunnerstraße 20, und gibt an:

„Ich habe im Falle der angeblichen Verletzung des Auges der XV., Herklotzgasse 17, wohnhaften Theresia Sommer keine Anzeige erstattet, weil diese Verletzung, wenn sie schon eine solche ist, im Spitale stattgefunden hat und demzufolge der Vorstand der Klinik für Augenkranke im Spitale die Anzeige zu erstatten hatte.

Ich war auch nicht in der Lage, die Richtigkeit der Aussage dieser Pfründnerin zu erweisen und zu beurtheilen, ob sie wirklich infolge einer stattgefundenen Verletzung im Spitale das Auge verloren habe.

Im übrigen bemerke ich noch, dass die Genannte schon laut des von mir am 11. Juli ausgestellten Pareres als hochgradig altersschwach, mit Leistenbruch behaftet, als gänzlich arbeits- und erwerbsunfähig bezeichnet wurde und somit durch den Verlust ihres rechten Auges ihre Erwerbsfähigkeit nicht weiter herabgesetzt werden konnte.

Med.-Dr. Friedrich Bernheim,
städtischer Armenarzt im XV. Bezirke.""

(Gelächter links und Rufe: Die braucht kein Auge mehr! Solche Zustände!)

Gem.-Rath Gregorig: Weil es ein Jude ist, so macht es nichts!

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath . . . .

Gem.-Rath Gregorig: Es ist so!

Bürgermeister: Das sind Angaben des Magistrates, der Gemeindebehörde, und ich bitte, sich infolgedessen etwas mäßiger auszudrücken.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte, ein jüdischer Arzt hat seine Pflicht nicht erfüllt.

Bürgermeister: Er hatte keine Anzeige zu erstatten, weil es sich um einen Vorfall im Spitale handelt, und im Spitale der betreffende Primararzt jene Pflichten hat, die sonst außerhalb des Spitales dem Arzte zukommen.

Gem.-Rath Gregorig: Die Verletzung musste er anzeigen, wenn er sie gesehen hat, aber weil es ein Jude ist, kann er machen, was er will.

12. Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat interpelliert, welche Verhandlungen wegen Erwerbung der Häuser Nr. 5 und 6 Kahlenbergerdorf geführt worden sind, und hat darauf hingewiesen, dass das Stadtbauamt beauftragt wurde, die Schätzung dieser Häuser und Studien über die Baulinie vorzulegen.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes zu berichten:

Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 30. August 1894, Z. 6907, wurde der Magistrat beauftragt, durch das Bauamt eine Schätzung der bereits von verschiedenen Seiten zur Einlösung beantragten Häuser Or.-Nr. 5 und 6 Kahlenbergerdorf vornehmen zu lassen, mit den Eigenthümern dieser Realitäten Verhandlungen einzuleiten, sowie eine Studie über die Baulinien vorzulegen. Der Magistrat hat mit Decret vom 4. September d. J., Z. 123867, das Bauamt zur Vorlage einer Baulinienstudie und eines Schätzungsoperates angewiesen. Der bezügliche Bauamtsbericht wurde am 27. December d. J. erstattet.

Der Magistrat wird nunmehr sofort mit den in Frage kommenden Realitätenbesitzern Verhandlungen einleiten und das Ergebnis derselben in kürzester Zeit dem Stadtrathe vorlegen.

13. Es ist ferner vom Herrn Gem.-Rathe Gräf eine Interpellation eingebracht worden wegen Versorgung der Wilhelminenstraße oberhalb der Dornbacherstraße im XVI. Bezirke durch Zufuhr von Wasser.

Ich habe die Ehre, hierüber Folgendes mitzutheilen:

In der verlängerten Wilhelminenstraße oberhalb der Dornbacherstraße bestehen einige zwanzig theils ebenerdige, theils stockhohe Häuser, welchen in diesem Jahre bis zu Beginn des Canalbaues in dieser Gasse Trinkwasser einmal des Tages zugeführt wurde.

Nach den gepflogenen Erhebungen ist zwar der Canalbau bereits vollendet, jedoch die Straße noch nicht in einem derart fahrbaren Zustande, dass dieselbe ein so schwerer Wagen wie ein Trinkwasserwagen befahren könnte.

Es wäre daher vorerst der Herr Bezirksvorsteher zu ersuchen, durch entsprechendes Beschottern und Walzen der Straße eine Fahrbahn zu schaffen und dann wird das Stadtbauamt veranlassen, dass der Trinkwasserwagen auch zu diesen Häusern täglich einmal das Wasser zuführt.

Eine zweimalige Wasserzufuhr des Tages erfolgt in ganz Ottakring nicht, es wird sohin die einmalige Zufuhr pro Tag auch für diese kleinen Häuser genügen.

Diese Verfügung ist aber mit den derzeit in Ottakring in Verkehr stehenden zwei Wasserwägen nur dann möglich, wenn der Umkreis um die bestehenden Auslaufbrunnen für jene Häuser, welche kein Wasser zugeführt bekommen, entsprechend vergrößert wird, was ohneweiters geschehen kann.

14. Herr Gem.-Rath Herrdegen hat unter Bezugnahme auf den Beschluss des Gemeinderathes vom 17. März 1893, betreffend die Errichtung einer städtischen Brandschadenversicherungs-Anstalt, interpelliert.

Ich habe die Ehre, darüber Folgendes zu bemerken: Über Gemeinderaths-Beschluss vom 17. März 1893 wurde der Regierung eine Petition überreicht, worin sie gebeten wird, die Zustimmung zur Errichtung einer Brandschadenversicherungs-Anstalt durch die Gemeinde Wien mit dem Rechte der Zwangsversicherung

zu ertheilen. Eine Erledigung dieser Petition ist bisher nicht eingelangt und die darüber eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, dass eine Erledigung noch nicht erfolgt ist.

Ich bitte um die Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm:

15. Gem.-Rath Schuh überreicht eine Petition des Vereines der Hausbesitzer im IX. Bezirke in Wien zu Handen des Obmannes Adolf Tichy, Architekt und Stadtbaumeister, IX. Bezirk, Porzellangasse Nr. 20, um Schaffung einer Überfuhr zwischen der Brigitta- und Augartenbrücke, und zwar in der Verlängerung der Grünethorgasse im IX. Bezirke. Dieselbe hat folgenden Wortlaut (liest):

„Hochlöblicher Gemeinderath!

Der gefertigte Verein der Hausbesitzer im IX. Bezirke Wiens erlaubt sich hiemit an den hochlöblichen Gemeinderath die Bitte zu stellen:

Derselbe geruhe zu beschließen, dass zwischen der Brigittabrücke und Augartenbrücke, und zwar in der Verlängerung der Grünethorgasse im IX. Bezirke, eine Verbindung der einander gegenüberliegenden Stadttheile durch Herstellung einer Überfuhr mittels fliegender Brücke oder Dampfboot geschaffen werde und zu diesem Behufe die geeigneten Schritte eingeleitet werden.

Die Herstellung einer solchen Verbindung ist nämlich ein dringendes Bedürfnis der betreffenden Stadttheile. Diese Stadttheile können jetzt nur durch die Brigittabrücke oder Augartenbrücke erreicht werden. Die Entfernung dieser Brücken von einander ist aber eine derart große, dass die Bewohner der betreffenden Stadtgebiete immer einen großen und zeitraubenden Umweg nehmen müssen, um von dem einen Stadttheile in den anderen zu gelangen.

Die Schaffung einer kürzeren Verbindung, und eine solche ist durch Herstellung einer Überfuhr mittels fliegender Brücke oder Dampfboot leicht möglich, erscheint demnach nicht nur im Interesse des geschäftlichen Verkehres, sondern auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit dringendst geboten, insbesondere würde bei Unglücksfällen eine raschere Communication ermöglicht sein.

Die in Rede stehende Überfuhr würde daher dem Stadtinteresse unbedingt zum Vortheile gereichen und wird demnach die Bitte wiederholt:

Der hochlöbliche Gemeinderath geruhe zu beschließen, dass zwischen der Brigittabrücke und Augartenbrücke, und zwar in der Verlängerung der Grünethorgasse im IX. Bezirke, eine Verbindung der einander gegenüberliegenden Stadttheile durch Herstellung einer Überfuhr mittels fliegender Brücke oder Dampfboot geschaffen werde und zu diesem Behufe die geeigneten Schritte eingeleitet werden."

Bürgermeister: Diese Petition wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

16. Interpellation des Gem.-Rathes Trambauer:

Auf der Strecke Favoriten—Ottakring verkehren die neuen Tramwaywägen (Imperialwägen). Diese haben nur 32 Sitzplätze im Waggon.

Bei Glatteis und Regenwetter ist das Hinaufsteigen auf das Dach für Publicum und Conducteur höchst lebensgefährlich.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten,

ob er nicht geneigt wäre, bei der Tramway-Gesellschaft dahin zu wirken, dass während der Wintersaison auf obiger Strecke die alten Winterwägen sofort in Betrieb kommen?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

17. Anfrage des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck an den Herrn Bürgermeister:

Vor circa zwei Jahren wurde von mir der Antrag auf Errichtung einer Communal-Pfandleihanstalt für den Bezirk Hernals, sowie für andere Bezirke, wo es nothwendig erscheint, eingebracht.

Zum allgemeinen Staunen werden derlei Humanitätsanstalten, statt von der Commune errichtet, den Privaten überlassen und wurden derlei kürzlich zwei im XVI. Bezirke und eine im II. Bezirke concessioniert. Wie gearbeitet wird, möge aus dem Berichte des „Wiener Volksbote" Nr. 24 beurtheilt werden.

Es wäre gewiss interessant, die Ansichten des löblichen Magistrates und des Stadtrathes in dieser Frage kennen zu lernen, ob die „Geld für Alles"-Geschäfte noch recht lange so fortwirtschaften können, oder an dessen Stelle doch bald communale Pfandleihanstalten errichtet werden, damit die Ärmsten der Armen nicht weiter in oft maßloser Weise ausgebeutet werden.

Es wäre zwar Pflicht des Staates, mit seinem Millionenfonde mehr Filialen zu errichten, aber dieser sieht ruhig zu und legt die Hände in den Schoß.

Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. wie weit mein Antrag wegen Errichtung von Communal-Pfandleihanstalten in Hernals, eventuell auch in anderen Bezirken gediehen ist, und ob derselbe dem Plenum des Gemeinderathes bald vorgelegt wird?

2. Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, die bestehende Ministerial-Verordnung, laut welcher Gemeinden bei derartigen Concessions-Verleihungen den Privaten vorzuziehen sind, in einer für die Gemeinde Wien günstigen Weise ehestens auszunützen und der Ertheilung derartiger Concessionen an Private dadurch vorzukommen, dass der geehrte Herr Bürgermeister meinen obigen Antrag ehestens der Verwirklichung zuführt?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

18. Anfrage des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck:

Die Erbauung des Alsbachcanales will trotz der immensen Aufbesserung nicht recht vonstatten gehen und werden auf dem Baue die Arbeitskräfte anstatt vermehrt, immer weniger, angeblich weil dieselben schlecht bezahlt werden.

Da es von großem Interesse für Dornbach und Neuwaldegg ist, dass der Bau schneller durchgeführt wird, erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen,

ob derselbe nicht geneigt wäre, dieser Bauangelegenheit die volle Aufmerksamkeit zu schenken und den Unternehmer zu veranlassen, dass derselbe mit größerer Kraftanstrengung arbeitet und die Arbeitskräfte genügend vermehrt, da sonst die Arbeiten zur bestimmten Zeit im Frühjahre nicht beendet werden können, und den Besitzern von Häusern und Geschäften durch Nichtvermietung der Sommerwohnungen unberechenbaren Schaden zugefügt würde?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

19. Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Geßmann:

Vor mehr als Monatsfrist wurde das Referat über die Verwertung des Wiener Haus- und Straßenkehrichts im Gemeinderathe verhandelt und dem Herrn Gem.-Rathe Frauenberger aufgetragen, innerhalb acht Tagen die vom ihm gemachten Mittheilungen über eine diesbezügliche Offerte der Gemeinde Orth und Consorten zu erhärten. Nunmehr ist diese Offerte schon seit Wochen in rechtsverbindlicher Form dem Herrn Bürgermeister vorgelegt, ohne dass bisher die Berathung dieses Referates auf die Tagesordnung des Gemeinderathes gesetzt erscheint.

Der Gefertigte erlaubt sich daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

wann derselbe dieses Referat dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorzulegen gedenkt?

Bürgermeister: Über diesen Gegenstand werden noch Erhebungen gepflogen und Studien gemacht. Ich hoffe, dass dieselben sehr bald abgeschlossen sein werden; sohin wird der Gegenstand dem Stadtrathe und dann dem Gemeinderathe zur Erledigung vorgelegt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

20. Interpellation des Gem.-Rathes Stiaßny:

Das k. k. Polizei-Commissariat für den II. Bezirk ist gegenwärtig im Hause Or.-Nr. 11 Große Sperlgasse untergebracht.

Seit längerer Zeit wird von der Bevölkerung des II. Bezirkes und von ihren Vertretern der Wunsch geäußert, das Polizeiamt aus diesem Gebäude zu entfernen und dasselbe in eine geeigneter situierte und zweckentsprechend eingerichtete Realität zu verlegen. Die räumlich unzulänglichen, niedrigen, über schlechte Treppen zugängigen Localitäten eignen sich weder für die dort amtierenden Beamten, noch für das daselbst verkehrende Publicum. Zudem kommen noch zahlreiche bauliche und sanitäre Gebrechen, durch welche das Gebäude zeitweilig zu einer Gefahr für den dichtbevölkerten Stadttheil wird.

Endlich bildet diese Realität ein Hindernis für die Regulierung der Großen Sperlgasse, einer wichtigen Verkehrsader des II. Bezirkes.

Am 2. Juni d. J. hat über Anordnung der n.-ö. Statthalterei und unter Theilnahme der Gemeinde ein commissioneller Augenschein stattgefunden, bei welchem „sich die unabweisliche Nothwendigkeit der ehethunlichsten Beschaffung neuer Amtslocalitäten für das genannte Commissariat herausgestellt hat, nachdem der Fortbestand der daselbst vorhandenen Übelstände, abgesehen von der räumlichen Unzulänglichkeit der Amtslocalitäten, eine permanente sanitäre Gefahr bildet, welche nicht weiter geduldet werden kann".

Obwohl dieses Verlangen von allen in dieser Frage betheiligten Factoren, insbesondere von den Vertretern der Gemeinde, in energischer Weise gestellt worden ist, wurden von den hiezu berufenen Organen bisher keinerlei Vorkehrungen getroffen, um diese Übelstände abzustellen.

Ich richte daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Sind dem Herrn Bürgermeister die vorstehenden Übelstände bekannt?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass die hohe Regierung mit größter Beschleunigung an die Beseitigung dieser Übelstände schreite und die zur Verlegung des k. k. Polizei-Commissariates in eine geeignete Realität erforderlichen Vorkehrungen je eher vornehme?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

21. Interpellation des **Gem.-Rathes Dürbek:**

Am 2. Jänner 1895 findet eine Offertverhandlung über verschiedene städtische Arbeiten statt. Die letzte Offertverhandlung vom 23. November d. J. hatte infolge des neuen Preistarifes nicht den gewünschten Erfolg, da derselbe den heutigen Zeitverhältnissen nicht entspricht und keine Rücksicht auf die Preise für die Materialien genommen wurde, welche höher zu stehen kommen, als die fertigen Arbeiten im Tarife angeführt erscheinen. Wird noch berücksichtigt, dass dieser Preistarif ohne Zuziehung von Fachmännern, welche doch jede Genossenschaft gerne bereit ist zur Verfügung zu stellen, zustande kam, so ist die traurige Folge genügend gekennzeichnet, dass hier wohl kein entsprechender, den heutigen Zeitverhältnissen und der Würde der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien angepasster Tarif geschaffen werden konnte; einige Genossenschaften wurden einvernommen, aber ihre Vorschläge nicht acceptiert.

Die Umrechnung der österreichischen Währung in Kronenwährung trug zur Verwirrung auch sehr viel bei, dass viele trotz des verwerflichen Preistarifes noch Percentnachlässe gewährt hatten; ist es nicht möglich, nach dem neuen Preistarife eine reelle Arbeit herzustellen, wie wird dies erst nach so vielen Percentnachlässen möglich sein.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister folgende Fragen zu stellen:

1. weshalb bei der Zusammenstellung des neuen Preistarifes nicht die Fachmänner der Genossenschaften beigezogen wurden?

2. ob es nicht von großem Vortheile wäre, die gelieferten Arbeiten von Fachmännern übernehmen zu lassen?

3. ob es sich nicht empfehlen würde, alle Gegenstände in den Preistarif aufzunehmen, um jede Übervortheilung zu verhindern, um einen solchen Tarif zustande zu bringen, der den heutigen Zeitverhältnissen mit Rücksicht auf die Arbeitslöhne und Materialien entspricht, wodurch sich jeder Übernehmer geehrt fühlen wird, die Arbeit zu übernehmen, welche er als guter Geschäftsmann, ohne seinen Namen zu verdunkeln, herzustellen in der Lage ist?

Bürgermeister: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

22. Dringlichkeits-Antrag des **Gem.-Rathes Winter** und Genossen:

Infolge der vom Stadtrathe beschlossenen Neubenennung von Straßen in den Bezirken XI bis XIX wurden daselbst in einheitlicher Weise neue Straßentafeln in gleicher Ausführung angebracht.

Durch diese Umgestaltung ist jedoch der Übelstand eingetreten, dass in manchen Bezirken Straßentafeln verschiedener Art und Ausführung vorkommen.

Weiters sind noch in mehreren Bezirken Straßentafeln zu finden, bei welchen die Angehörigkeit an das erweiterte Gemeindegebiet von Wien noch nicht sichtbar gemacht ist, was bei dem großen Verkehre, namentlich bei Fremden, Anlass zu Irrthümern werden kann.

Solche Übelstände dürfen in der Haupt- und Residenzstadt des Reiches mit Rücksicht auf deren Bedeutung, Ansehen und Würde nicht vorkommen, und, da dieselben mit nicht großen Kosten behoben werden könnten, so stellen die Gefertigten folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der löbliche Gemeinderath möge beschließen, dass in den neueinbezogenen Bezirken die Straßentafeln in einheitlicher Weise und gleicher Ausführung nach den bereits angefertigten anzubringen seien, und dass der hiezu erforderliche Betrag in das Budget pro 1895 eingestellt werde.

23. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Heizung der städtischen Schulgebäude ist ein Gegenstand, bei welchem bei gehöriger Aufmerksamkeit sehr bedeutende Ersparnisse erzielt werden können. Namentlich betrifft dies jene Schulen, welche mit Ofenheizung versehen sind, obzwar auch in den mit den besten Heiz- und Ventilationseinrichtungen versehenen Gebäuden oft genug Brennmaterialverschwendung vorkommt.

Die Hauptursache dieses unnützen Brennstoffaufwandes ist weniger in dem Systeme der Heizung oder Ventilation, als in der unrichtigen Bedienung der betreffenden Einrichtungen und insbesondere darin zu suchen, dass die Lehrzimmer meistens ungebürlich gründlich gelüftet werden, so zwar, dass ihre Wände, Fußboden und Decken nach jedesmaliger Lüftung die Temperatur der Außenluft annehmen.

Um diesen den Steuersäckel schwer schädigenden Missbräuchen ein Ziel zu setzen, beantrage ich:

1. Die mit der Heizung der städtischen Schulgebäude betrauten Individuen, sowie auch die ihnen vorgesetzten Oberlehrer und die Directoren sind durch die Organe des Stadtbauamtes in der Handhabung der Heiz- und Ventilations-Einrichtungen gehörig zu instruieren, und zwar womöglich mündlich, da eine gedruckte Instruction häufig missverstanden wird.

2. Das Stadtbauamt werde beauftragt, ehestens darüber zu berichten, ob und unter welchen Modalitäten es sich empfiehlt, den mit der Handhabung der Heiz- und Ventilations-Einrichtungen der städtischen Schulen betrauten Organen für erzielte Brennmaterial-Ersparnisse Prämien (nach Art der beim Locomotivbetriebe der Eisenbahnen bestehenden Normen) zu gewähren.

24. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Zur Förderung der Stadtregulierung stelle ich folgenden Antrag:

Es sei an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes eine Petition um die Gewährung zweier Gesetze zu richten, wovon eines die Ausdehnung des der Gemeinde zustehenden Expropriationsrechtes und ein beschleunigtes Verfahren bei Durchführung von Expropriationen im öffentlichen Interesse, das andere die Gebüren- und Stempelfreiheit bei der grundbücherlichen Durchführung der Zusammenlegung und Neuauftheilung von Baugründen betrifft.

Erstens wäre nach dem Muster des XLI. ungarischen Gesetzartikels vom Jahre 1881 und des bestehenden Eisenbahn-Expropriationsgesetzes, letzteres nach dem Muster des Gesetzes über die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Gütern zu verfassen.

Der Magistrat werde beauftragt, hierüber dem Gemeinderathe binnen drei Monaten die erforderlichen Vorschläge vorzulegen.

Bürgermeister: Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt. Die Versammlung ist damit einverstanden? (Zustimmung.) Angenommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Beutnitz.

Gem.-Rath Beutnitz (zur Geschäftsordnung): Gegen Ende der Sitzung vom 18. December wurde über einen Antrag des Stadtrathes, betreffend die männliche Lehrerschaft, eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Ich war auch hier und habe für den Antrag gestimmt, und zu meiner Überraschung wurde meine Wenigkeit im Amtsblatte nicht ausgewiesen. Um nun einem Missverständnisse vorzubeugen, weil nämlich das Präsenzprotokoll meinen Namen ausweist und derselbe hier nicht vorkommt, bitte ich, das richtigzustellen.

Bürgermeister: Ich werde über diese Thatsache Erhebungen pflegen und eventuell die Berichtigung des Protokolles vornehmen lassen. Ich zweifle aber nicht, dass die Angabe des Herrn Gemeinderathes stimmt. (Rufe links: Es ist richtig, er war da!) Ich zweifle nicht daran.*)

Wir gelangen zur Tagesordnung. Ich bitte Herrn Gem.-Rath Boschan zum Referate.

25. (8./20.) **Referent Gem.-Rath Boschan:** Geehrte Herren! Ich habe die Ehre, über den Hauptvoranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1895 Bericht zu erstatten. Die Vorlagen, der Voranschlag, sowie ein Heft Special-Ausweise und mein kleiner Bericht sind seit längerer Zeit in den Händen der Herren. Dieser Bericht enthält außer dem eigentlichen Voranschlage auch die Präliminarien für die Pflasterungen, Gartenanlagen, Canalbauten, sowie über die von der Gemeinde betriebenen Geschäfte: Gräberausschmückung auf dem Central-Friedhofe, Fouragebeistellung auf dem Viehmarkte und im Lagerhause und dergleichen, endlich die Special-Voranschläge des allgemeinen Versorgungsfondes, des Bürgerspitalfondes und des Bürgerladfondes, sowie des Bezirksschulfondes, welche über Beschluss des Gemeinderathes als integrierender Bestandtheil des allgemeinen Hauptvoranschlages zu betrachten sind.

Ich habe zunächst der Thatsache zu gedenken, dass der Voranschlag später vor das Plenum des Gemeinderathes kommt, als er eigentlich kommen sollte. Derselbe ist in den Magistrats-Sitzungen vom 23. October bis 2. November berathen worden und in den ersten Tagen des November an den Stadtrath gelangt.

Nun ist es nothwendig, dass zur Berathung im Stadtrathe die Vorlage gedruckt ist, und zwar nachdem der erste Druck nach dem Elaborate der Buchhaltung erfolgte und wesentliche Änderungen im Magistrats-Gremium daran vorgenommen worden sind, war es nothwendig, den ganzen Voranschlag umzudrucken, was eine längere Zeit in Anspruch genommen hat. Ohne gedruckte Vorlage ist eben eine Berathung in einem Collegium nicht möglich. Sowohl ich als Referent, als auch die anderen Special-Referenten und der Stadtrath haben ihr Möglichstes gethan, um das Referat zu beschleunigen. Es war aber erst am 20. December möglich, im Stadtrathe mit den Berathungen fertig zu werden. Es wird gewiss in den nächsten Jahren Sorge des Präsidiums sein, dass der Bericht früher, als es heuer der Fall war, vor das Plenum des Gemeinderathes kommt.

Nachdem es sich heute wohl nur darum handeln kann, ein Provisorium für die nächsten Monate zu schaffen, beziehungsweise die Steuern für das nächste Jahr zu bewilligen, glaube ich, ist es nicht angethan, in das Meritum der ganzen Angelegenheit einzugehen. Soviel kann jedoch bemerkt werden, dass die Gemeinde Wien bezüglich ihrer Finanzen in der nächsten Zeit an einem Wendepunkte anlangen wird; wenn nämlich die neuen Steuergesetze zur Thatsache werden, so tritt die wichtige Frage an die Gemeinde heran, in welcher Weise dieselbe einen Ersatz dafür erreichen kann, dass ihr die Zuschläge zu den neuen Steuern nicht gewährt werden sollen. Der Entgang wird ein sehr bedeutender sein, und es ist nothwendig, dass man auch in den Kreisen der Regierung daran denkt, nicht bloß der Gemeinde Lasten zu überwälzen, ihr Geschäfte aufzutragen, welche zum Theile für den Staat besorgt werden, sondern, dass es sehr gut sein würde, wenn auch von den Einnahmen des Staates eine Überwälzung stattfinden würde. Diesbezüglich wird von Seite des Präsidiums gewiss alles geschehen, um die Interessen der Stadt Wien wahrzunehmen.

Der Voranschlag selbst zeigt nach den Anträgen des Stadtrathes bei einer eigenen Einnahme von 12,379.530 fl. und einer Ausgabe von 41,504.980 fl. ein Nettoerfordernis von 29,125.450 fl., dessen Bedeckung in folgender Weise gedacht ist. Wenn die Umlagen in der bisherigen Weise eingehoben werden, so ist hiefür ein Betrag von 20,554.950 fl. in Aussicht zu nehmen. Ein weiterer Betrag, nämlich derjenige, welcher zum Ausbaue der Hochquellenleitung im nächsten Jahre nöthig sein wird, ist zufolge der Beschlüsse des Gemeinderathes aus dem zu diesem Zwecke aufgenommenen Anlehen, beziehungsweise dem Erlöse derselben zu bedecken. Dieser Betrag macht 4,918.750 fl. aus. Ein Rest von 3,651.750 fl. muss aus den vorhandenen Cassabeständen, eventuell durch den Verkauf von Wertpapieren beschafft werden. Diese Ziffern werden eine kleine Änderung dadurch erleiden, dass wahrscheinlich noch im Laufe d. J., beziehungsweise zu Anfang des nächsten Jahres größere Zahlungen an die Wasserinteressenten erfolgen werden, beziehungsweise schon erfolgt sind, wodurch sich die Ziffern der Einnahmen, aber auch die der Ausgaben etwas restringieren. Auf das totale Ergebnis wird das eine Folge nicht haben. Nachdem nun die Berathung des Präliminares in diesem Jahre nicht mehr möglich war, ist es nothwendig, für die nächste Zeit Vorsorge zu treffen, und wird daher der Antrag gestellt, welcher schon seit einigen Jahren gestellt wurde, und welcher dahin geht, dass

1. die Steuern und Umlagen in genau derselben Höhe eingehoben werden, wie dies im Vorjahre der Fall war;

2. dass für die nächsten drei Monate die Auslagen, welche sich als unabweislich herausstellen, vom Präsidium bestritten werden dürfen.

Außerdem wird der Antrag gestellt, welcher auch im Vorjahre gestellt wurde, nämlich behufs Prüfung dieses Voranschlages eine Commission von 21 Mitgliedern aus dem Plenum des Gemeinderathes zu bestellen.

Die anderen Anträge, welche hier enthalten sind, können heute nicht zur Debatte und Abstimmung gelangen, weil dieselben eben — wenigstens der eine — die Prüfung des Hauptvoranschlages zur Voraussetzung haben.

Die Anträge um deren Annahme ich Sie also bitte, sind folgende (liest):

III. Behufs Prüfung dieses Voranschlages ist eine Commission von 21 Mitgliedern aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen.

IV. In der Voraussicht, dass die Beschlussfassung über den Hauptvoranschlag der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Jahr 1895 seitens des Gemeinderathes bis zum Schlusse des Jahres 1894 nicht erfolgt sein dürfte, beschließt der Gemeinderath:

a) die Gemeindeumlagen und städtischen Steuern und zwar:

1. die Zinskreuzer im bisherigen Ausmaße von $4^3/_4$ kr. vom Mitzinsgulden;

2. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hauszinssteuer;

3. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hausclassensteuer;

4. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur 5percentigen Steuer hauszinssteuerfreier Gebäude;

*) Über Wunsch des Gem.-Rathes Beutnitz wird constatiert, dass derselbe in der Gemeinderaths-Sitzung vom 18. December 1894 anwesend war und mit „Ja“ gestimmt hat.

5. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Grundsteuer;

6. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Erwerbsteuer sammt Staatszuschlägen;

7. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Einkommensteuer sammt Staatszuschlägen;

8. der städtische Zuschlag zur l. f. Verzehrungssteuer, und zwar:

α) im Ausmaße von 30 Percent für sämmtliche Artikel des Verzehrungssteuer-Tarifes mit Ausnahme des Bieres,

β) im Ausmaße von 100 Percent für Bier (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58);

9. die communale Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 59);

10. die Schulumlage im bisherigen Ausmaße von $4 \frac{1}{2}$ kr. vom Zinsgulden;

11. die Einquartierungsumlage im Ausmaße wie im Vorjahre von $\frac{1}{10}$ kr. vom Zinsgulden;

12. die Vorspannsumlage im bisherigen Betrage von 15 kr. für jedes Pferd — sind auch für das Jahr 1895 auszuschreiben und einzuheben.

b) Bis zur Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1895 durch den Gemeinderath, jedoch längstens bis Ende März 1895, sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in diesem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen zu bestreiten."

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Dr. Stern: Meine geehrten Herren! Der Antrag auf provisorische Bewilligung der Auslagen für eine gewisse Zeit und der weitere Antrag auf Bewilligung der Steuern und Umlagen für das ganze Jahr zur Deckung dieser Auslagen, welche vom Gemeinderathe noch nicht genehmigt sind, wiederholt sich nun seit einer Reihe von Jahren.

Wenn in früheren Jahren darauf hingewiesen wurde, dass die Übergangsverhältnisse, in denen wir uns befunden haben, die Unkenntnis der neuen Verhältnisse es rechtfertigen, dass eine derartige Verzögerung eingetreten ist, so kann, scheint mir, jetzt nach Ablauf von drei bis vier Jahren ein solcher Grund nicht mehr angeführt werden, und thatsächlich finden wir auch gerade im Eingange des Berichtes des Herrn Referenten als Rechtfertigung nur den Umstand angeführt, dass der Hauptvoranschlag nach dessen Durchberathung im Magistrate neuerlich umgedruckt werden musste und dass auch die Specialvoranschläge erst in Druck gelegt werden mussten. Einen solchen Rechtfertigungsgrund kann meines Erachtens der Gemeinderath nicht acceptieren. Denn dass der Voranschlag gedruckt und umgedruckt werden musste und dass die Specialvoranschläge auch gedruckt und dem Gemeinderathe gedruckt vorgelegt werden müssen, ein solcher Rechtfertigungsgrund könnte uns in jedem Jahre und mit dem gleichen Rechte angeführt werden. Das rechtfertigt nicht die verspätete Vorlage des Budgets vor dem Gemeinderathe.

Diese verspätete Vorlage entspricht nicht dem Statute. Darüber sind wir ja alle einig. Wir brauchen nur den § 50 des Statutes zu lesen. Sie entspricht aber auch meines Erachtens nicht den Interessen der Gemeinde. Es hat immer etwas missliches an sich, dass man erst die Deckung, die Steuern und Umlagen bewilligen soll, ehe noch die Auslagen, zu deren Deckung diese Steuern und Umlagen dienen sollen, vom Gemeinderathe genehmigt werden, und dass dies thatsächlich etwas sehr missliches hat, zeigt auch der vorliegende Voranschlag. Ich werde mich auf die Ziffern derselben nicht einlassen. Es ist ja heute nicht der Anlass dazu gegeben. Die Anträge des Referenten sind ja theils solche, deren Annahme unbedingt nothwendig ist, theils solche formaler Natur.

Aber eines ist klar, dass die Budget-Commission vielleicht angesichts der Ziffern es sich wohl überlegen würde, manche der Auslagen, welche von Seite des Stadtrathes sogar beschlossen worden sind, gutzuheißen, und dass die Budget-Commission vielleicht strenger beim Ausgaben-Budget vorgehen würde, wenn wir erst, nachdem das Ausgaben-Budget von uns genehmigt worden wäre, dazu kämen, auf die Bedeckung zu sehen, so dass wir uns stets sagen müssten: Wir müssen eben bei jeder Ausgabe auch auf die Bedeckung Rücksicht nehmen.

Ich habe nun deshalb im vorigen Jahre, und zwar, wie ich glaube, gerade bei demselben Anlasse, als uns eben das Budget zur vorläufigen Genehmigung vorgelegt wurde, einen Antrag gestellt, der auch dem Stadtrathe zugewiesen wurde, über dessen Erledigung mir aber bisher nichts bekannt geworden ist.

Ich habe nämlich den Antrag gestellt, dass das Budget, so wie es aus dem Magistrate hervorgeht, direct vom Stadtrathe an den Gemeinderath geleitet werde, so dass dann die Budget-Commission des Gemeinderathes und auch der Stadtrath gleichzeitig arbeiten und in irgendeiner Weise eine Verständigung zwischen denselben sehr leicht herbeigeführt werden kann.

Ich habe mich hiebei auf den Wortlaut des § 50 des Statutes berufen, in welchem es heißt: „Die vom Magistrate vorgelegten Voranschläge sind durch den Stadtrath dem Gemeinderathe vorzulegen."

Die Voranschläge des Magistrates also müssen vorgelegt werden, und es ist daher die Nothwendigkeit, dass der Stadtrath vorerst diese Voranschläge durchgehe, prüfe und uns sein Elaborat zur nochmaligen Überprüfung vorlege, gerade rücksichtlich des Voranschlages statutenmäßig nicht vorhanden.

Es ist nach dem Wortlaute des § 50 des Statutes der Stadtrath in der Lage, uns die Voranschläge vorzulegen, wie sie vom Magistrate hervorgehen, und gleichzeitig kann von Seite der Budget-Commission des Gemeinderathes wie von Seite des Stadtrathes zur Berathung der Voranschläge geschritten werden.

Über diesen meinen Antrag, welchen ich bereits im vorigen Jahre stellte und zu welchem mich eben die verspätete Vorlage des Budgets veranlasste, beziehungsweise über dessen Schicksal habe ich bisher nichts erfahren.

Ich möchte daher denselben neuerlich zur Berücksichtigung empfehlen, und ich möchte glauben, dass wir unseren dringenden Wunsch aussprechen sollen — es hat übrigens der Herr Referent dem bereits Ausdruck gegeben — dass wir künftighin rechtzeitig die Vorlage des Budgets bekommen.

Was nun die Anträge selbst betrifft, so ist es ganz klar, dass wir die Steuern und Umlagen bewilligen müssen. Es ist dazu die Nothwendigkeit vorhanden, denn die Verwaltung muss eben fortgehen. Ich werde mich daher mit den Anträgen einverstanden erklären, desgleichen auch mit dem Antrage, dass bis zur Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1895 durch den Gemeinderath die Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe des vorliegenden Budgets bestritten werden, weil wir immerhin noch einige Zeit warten müssen, bis der Budget-Ausschuss seine Arbeiten beginnt und dieselben auch vollenden kann. Ich glaube, dass es aber deshalb nicht nöthig erscheint, dass diese Zeitbestimmung, „jedoch längstens bis Ende März 1895", wie es im Antrage b heißt, ausdrücklich festgesetzt wird. Wir legen es dem Budget-Ausschusse,

den wir in der nächsten Sitzung wählen werden, ans Herz, dass die Vorlage sobald als möglich vor den Gemeinderath komme. Der Gemeinderath mag ebenfalls seine Berathung nach aller Möglichkeit beschleunigen, und ich glaube, dass damit vollkommen Genüge geschehen ist. Bis zur Feststellung des Hauptvoranschlages durch den Gemeinderath können wir, ohne dass diesfalls eine Zeitbestimmung gegeben ist, die sich ergebenden Auslagen nach Maßgabe des vorliegenden Budgets bewilligen.

Mit dieser einen Modification erlaube ich mir Ihnen die Anträge des Herrn Referenten zur Genehmigung zu empfehlen, ich glaube aber dem Wunsche, und zwar dem dringenden Wunsche Ausdruck geben zu sollen, dass im Sinne des § 50 des Statutes uns von nun an rechtzeitig der Hauptvoranschlag zur Prüfung und Berathung vorgelegt werde.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Vorredner hat der Meinung Ausdruck gegeben, dass er unbedingt für die Bewilligung des Provisoriums stimmen muss; nachdem ich der gegentheiligen Ansicht bin, habe ich mich zum Worte gemeldet, um mein ablehnendes Votum zu motivieren.

Zuerst gestatten Sie mir die Bemerkung, dass es für alles auf der Welt einen Zahltag gibt; und heute, glaube ich, ist er für mich gekommen, wo ich mit dem geehrten Herrn Bürgermeister puncto Statut Abrechnung halten kann.

Als ich einmal im Präsidialbureau des seinerzeitigen Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Grübl mit der Bitte an ihn herangetreten bin, er möge mir gestatten, in der städtischen Buchhaltung über ein bestimmtes Factum selbst Nachschau zu halten, hielt mir der damalige geehrte Herr Vice-Bürgermeister und jetzige Herr Bürgermeister ironisch lächelnd das Statut hin und sagte, ich möge ihm den Paragraph zeigen, nach welchem ich als einzelner Gemeinderath berechtigt bin, eine derartige Controle zu üben.

Der geehrte Herr Vice-Bürgermeister und gegenwärtige Bürgermeister hat sich dadurch als genauer Kenner des Gesetzes declariert. Ich habe mir daher erlaubt, in der Sitzung vom 19. December 1893 eine Interpellation an den seinerzeitigen Herrn Bürgermeister zu richten, worin ich auf die ungesetzliche Führung der Geschäfte und auch die nicht rechtzeitige Vorlage des Budgets und des Rechnungsabschlusses hinwies, worüber mir auf die von mir gestellte Interpellation geantwortet wurde, dass der Magistrat an dem und dem Tage, der Stadtrath an jenem Tage das Budget erledigt hat, dass es auch in der „Wiener Zeitung" publiciert wurde, aber auf das gesetzwidrige Vorgehen ist man bei der Beantwortung dieser Interpellation nicht eingegangen.

Nun werde auch ich mir, wie der geehrte Herr Vorredner, das Landesgesetz vom 19. December 1890, § 50, Absatz 2, zu citieren erlauben, und, Herr Bürgermeister, heute bin ich in der Lage, aufmerksam zu machen, dass wir hier gesetzwidrig amtieren; denn der Paragraph lautet (liest):

„Die vom Magistrate verfassten Voranschläge müssen jährlich zwei Monate vor Anfang des Verwaltungsjahres, das mit jenem des Staates zusammenfällt, vom Stadtrathe vorgelegt werden."

Und nun, meine Herren, im ersten Jahre ließ man es gelten, weil es ein Übergangsstadium war, und auch im zweiten Jahre. Jetzt sind es aber vier Jahre, und das Budget kommt wieder gesetzwidrig nicht zur gesetzlichen Frist her.

Nun erlaube ich mir die Frage: Ist denn Se. Excellenz der Herr Statthalter von Niederösterreich nicht verpflichtet, darauf zu sehen, dass die Gesetze eingehalten werden? Es ist allerdings leichter, Gemeinderäthe der Stadt Wien des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit zu zeihen, als auf die Einhaltung der Gesetze zu sehen. (Beifall links.)

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, mein ablehnendes Votum mit der Behandlung der im Plenum des Gemeinderathes eingebrachten Initiativ-Anträge und Interpellationen zu begründen.

Als die Opposition in der Abstinenz war und der gegenwärtige Herr Bürgermeister einmal den Vorsitz führte und zu dieser Zeit auch einige Herren der Majorität Opposition gespielt haben — ich habe mich genau in den Amtsblättern informiert — da hat der geehrte Herr Bürgermeister die Erklärung abgegeben, dass in Zukunft auch über die Anträge, welche von Gemeinderäthen im Plenum gestellt werden, im Falle als dieselben vom Stadtrathe abgelehnt werden, im Gemeinderathe referiert werde.

Meine Herren! Wissen Sie einen solchen abgelehnten Antrag, über den im Plenum referiert worden wäre? Ich nehme es aber dem Herrn Bürgermeister nicht übel, denn ich weiß, das Versprechen, das der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl gegeben hat, braucht der Herr Bürgermeister Dr. Grübl nicht zu halten. (Bürgermeister: O ja, er hält es schon!) Meine Herren, stellt man eine Interpellation oder einen Antrag, so heißt es gewöhnlich: „Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung." Ich habe zum Beispiele über die Regulierung der Beethovengasse interpelliert — „wird geschäftsordnungsmäßig erledigt" — aber heute ist noch nichts davon sichtbar. Ich habe über den Antrag Kreindl puncto Beleuchtung des Kasgrabens in Unter-Sievering interpelliert; da hat man das erstemal gesagt: „Ist im Stadtrathe schon erledigt"; ein zweitesmal hat man gesagt, „die Gasbeleuchtung wird durchgeführt". Es ist mir das wohl alleseins, aber jetzt soll nach einem Beschlusse des Stadtrathes die Petroleumbeleuchtung durchgeführt werden. Aber weder Gas- noch Petroleumbeleuchtung wird durchgeführt, und die Bevölkerung ist auf die Güte des Mondes angewiesen — wenn er scheint; wenn er nicht scheint, so muss sie einfach im Finstern herumtappen.

Meine Herren! Ich habe vor mehreren Jahren einen für die Geschäftstreibenden Wiens wichtigen Antrag bezüglich der Schaffung einer Altersversorgung für erwerbsunfähig gewordene Geschäftsleute gestellt. Dieser Antrag ist zwei Jahre beim Magistrate liegen geblieben und im heurigen Jahre hat man an die Genossenschaften appelliert und Gutachten abverlangt — offenbar zum Zwecke, um die Sache neuerdings zu verschleppen. So, meine Herren, behandelt man die Anträge nicht, dass man sie vier Jahre lang liegen läßt. Ich habe einen Antrag gestellt, man möge, nachdem die Tramway-Gesellschaft den Unzukömmlichkeiten nicht abhilft, nachdem der Verkehr derselben nicht den Verhältnissen und Bedürfnissen der Stadt Wien entspricht, einfach zur Sequestration der Tramway schreiten. Niemand hat den Muth, das zu thun, niemand findet sich, und Sonntag ist eine Dame eine volle halbe Stunde vor dem Carl-Theater gestanden, weil dort die neuen Typen verkehrt haben, und hat keinen Platz bekommen.

Die zwei Herren möchte ich sehen, die nebeneinander auf einem Sitze einer neuen Wagentype gesessen sind. Müssen sehr interessante Figuren gewesen sein! (Heiterkeit links.) Ich habe interpelliert und den Antrag wegen Aufstellung einer Brückenwage im XIX. Bezirke gestellt. Der Antrag ist einfach in Verlust gerathen. Ich habe denselben urgiert, nachdem ich nachweisen konnte, dass er im Amtsblatte erschienen ist. Es wurde eine Commission abgehalten. Ich habe aber gelesen, dass das Magistratsgremium

beschlossen hat, diesen Betrag nicht in das Budget pro 1895 einzustellen. Meine Herren! Für uns ist das ein Bedürfnis, die Bevölkerung ohne Unterschied der Partei braucht eine Wage nothwendig. Aber bis heute ist nichts geschehen, gar nichts. Ich weiß nicht einmal, wo der Antrag liegt. Und da soll ich ein Provisorium bewilligen! Ich werde es mir überlegen, auch nur einen Kreuzer zu bewilligen! Ich habe mir erlaubt, eine Interpellation einzubringen, wie es eigentlich möglich war, dass die durchgegangenen Brüder Siegl circa 2000 fl. Steuer schuldig bleiben konnten; wogegen, wenn ein anderer nur 3 fl. schuldet, sofort der Steuercommissär sich einfindet. Dem ist es nicht möglich, auch nur ein Quartal schuldig zu bleiben, weil er sonst rücksichtslos gepfändet wird. Trotzdem der § 23 der Geschäftsordnung sagt: „Interpellationen können in derselben, müssen aber in der nächsten Sitzung beantwortet werden“, hat es sich der gegenwärtige Herr Bürgermeister sehr leicht gemacht und gesagt: das ist unbekannt. Unbekannt ist das nicht, Herr Bürgermeister, das läst sich aus dem Steuercataster nachweisen, wie viele die Gemeinde betrogen haben.

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir einige Worte über die Gebarung der Majorität im Gemeinderathe! (Gem.-Rath Hawranek: O je!)

Im Laufe des Sommers findet die Eröffnung der Sitzungen immer um eine halbe oder dreiviertel Stunden später statt, im Winter um eine halbe Stunde. Es heißt, die Herren sind zu angestrengt, es geht nicht anders. Einige Herren gehen in die Bäder; ihren Wählern sagen sie es nicht, dass sie jährlich zwei Monate in das Bad gehen müssen, um angeblich ihre im öffentlichen Interesse geschwächten Nerven zu reconstruieren. Dann kommen die Sommerferien, wo vier Wochen keine Sitzung stattfindet, und jetzt stehen wir hier mit der verspäteten Einbringung des Budgets, jetzt wird zweifellos von der Majorität ein gesetzwidriger Beschluss gefasst werden, nachdem bereits einer der Herren Redner erklärt hat, dass er absolut für das Provisorium stimmen wird.

Wie geschieht denn die Berathung des Budgets? Geradeso oberflächlich wie die Bewilligung des Provisoriums; erinnern Sie sich, drei bis vier Sitzungen in der Woche, und wenn die Nachtsitzungen kommen, heißt es: nur schnell, die Gallerie ist leer, die meisten der Berichte sind in den Blättern mangelhaft. Bei den ersten Posten wird eingehender berathen, aber zum Schlusse ist die ganze Budgetberathung eine oberflächliche.

Es hat der geehrte Herr Referent in dem Berichte angeführt, dass der gegenwärtig ziemlich hohe Cassastand bei den eigenen Geldern der Gemeinde auf den Umstand zurückzuführen ist, dass entsprechend den Beschlüssen des Gemeinderathes die seit dem Jahre 1887 aus currenten Mitteln bestrittenen Kosten für den Ausbau der Hochquellen-Wasserleitung aus dem Erlöse des für diesen Zweck aufgenommenen Anlehens aus den eigenen Geldern refundiert wurden. Erinnern Sie sich nur, bei der Debatte über das Kronen-Anlehen haben wir darauf hingewiesen, dass Sie das vorhandene Deficit verkleistern. Sie wollten und haben es verkleistert, denn weiter unten heißt es, dass es in Zukunft nicht so sein wird. Sie sagen, die Vororte bekommen das Hochquellenwasser, wir müssen aber mitzahlen zu den 35 Millionen, wir müssen die Schulden der alten Bezirke von 1887 bis 1890 bezahlen. Es ist das kein Geschenk, welches Sie uns machen; das, bitte ich, sich in Zukunft gefälligst zu merken?

Und wie wird mit uns vorgegangen? Wie wird die Opposition von Seite der Majorität behandelt?

Als kürzlich von Seite des Obmannes des Fortschrittsclub an den Obmann des Bürgerclubs die Zuschrift gelangt ist, man könne principiell die Frage nicht entscheiden, ob man uns die unserer Stärke entsprechende Anzahl von Mandaten gibt, war man sehr gnädig. Man wollte uns Mandate in die Budget-Commission, in die Commission für den Rechnungsabschluss, ein Mandat in die Kaiser Franz Josef-Stiftung geben — aber in den Landesschulrath, Bezirksschulrath, Stadtrath, nein! Für den Stadtrath, glaube ich, deswegen nicht, weil wieder Unzufriedene in der Majorität erstehen könnten, da braucht man Stadtraths-Mandate, die müssen ihnen vorbehalten bleiben, der Opposition gebürt keines. Meine Herren, in einer solchen Zumuthung, dass wir das acceptieren, liegt eine starke Dosis Impertinenz, das werden Sie mir zugeben ..... (Unruhe und Widerspruch rechts.)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, ich muss Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung rufen. (Widerspruch und Ruf links: Was kauft er sich dafür?!) Nichts, aber ich möchte bitten, sich solcher Ausdrücke zu bedienen, wie sie in der Gesellschaft gebildeter Leute üblich sind. (Gem.-Rath Hawranek: Wenn das möglich wäre!) Ich bitte also, sich zu bemühen. (Heiterkeit rechts.)

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Nun noch einige Worte über die allgemeine Verwaltung seit der Einverleibung der Vororte. Vor allem muss ich neuerdings darauf hinweisen, dass uns Vortebewohnern vor der Einverleibung die größten Versprechungen gemacht worden sind, und insbesondere war es die Zusage von Seite der Regierung, dass eine Erhöhung der Steuern nicht platzgreifen würde. Nun, meine Herren, sehe ich schon das Lächeln, wenn ich sage: die liberale Partei hat den Vierkreuzer geschaffen, die liberale Partei hat dafür gestimmt, dass der 30percentige Zuschlag auf die Weinsteuer eingehoben wird, während früher in den Vorortegemeinden, und zwar in einigen, eine 2-, 5-, 10-, höchstens 15percentige Steuer eingehoben worden ist — mithin eine Erhöhung der Steuer. Bei den Verlassenschaftsabhandlungen wird die Gebür zum Versorgungsfonde und zum Krankenhausfonde eingehoben, welche Gebüren früher nicht bestanden haben.

Aber die Gebüren für die Platzmiete bei Bauaufführungen sind das originellste. Da muſste im vergangenen Jahre ein Baumeister, welcher ziemlich im Gebirge ein Haus gebaut hat, auf 30 Tage von der Commune Wien 30 m zur Ablagerung des Materiales haben. Der muſste dort für den Meter 30 kr. pro Monat und 7 fl. 50 kr. Commissionsgebüren bezahlen, das sind 16 fl. 50 kr., und ich kann Ihnen versichern, dass der Platz gar nicht mehr wert war als 16 fl. 50 kr. Also das sind Belastungen, die früher auch nicht waren.

Meine Herren! Aber bei den Erwerbsteuererhöhungen, da wurde erst vor kurzem von maßgebendster Seite erklärt, dass eine Erhöhung nicht stattfinden wird, und ich kann Sie versichern, dass nahezu in jeder Sitzung des Bezirksausschusses im XIX. Bezirke 10 bis 20 Steuererhöhungen vorkommen. Es existiert in Döbling nahezu kein Geschäftsmann, der nicht controliert worden wäre, ob er nicht mit der Steuer hinaufgeschraubt werden kann. Das Unglaublichste wird da hervorgezerrt. Grünzeug-Croatinnen mit den Standerln haben sie von 5 fl. 25 kr. auf 10 fl. 50 kr. zu erhöhen beantragt. (Rufe links: Unerhört!) Sämmtliche Greißler, welche Petroleum führen, die früher eine Steuer von 5 fl. 25 kr.

gezahlt haben, müssen jetzt 10 fl. 50 kr. bezahlen. Alle Bäckermeister, welche früher für den Verschleiß des Grießes und Mehles nichts bezahlt haben, haben jetzt auch hiefür einen Steuerbogen bekommen.

Und nun, meine Herren, sind das keine Steuererhöhungen, die seit der Einverleibung platzgegriffen haben? Sind das vielleicht Steuernachlässe, die man uns gewährt hat? Das können Sie selbst mit Ihren Fortschritts- oder Freiheitsfaseln nicht wegwischen, dass die Versprechungen, die Sie uns gemacht haben, den Thatsachen widersprechen. Und wer beherrscht denn heute die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien? (Gem.-Rath Gregorig: Die Juden!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig, Sie haben ja nicht das Wort! (Gem.-Rath Jedlička: Die Juden!) Darf ich bitten! Jetzt hat Herr Gem.-Rath Steiner das Wort. Ich bitte, nicht durch solche Zurufe die Verhandlung zu stören. (Gem.-Rath Hawranek: Er wird sich nicht irren lassen!) Aber Herr Gem.-Rath Hawranek, Sie haben nicht das Wort. Ich bitte Sie dringendst, stören Sie nicht die Verhandlung!

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Einer Partei, welche im Volke nicht den geringsten Rückhalt hat und lediglich von zwei ihrer Zahl nach höchst unbedeutenden Interessengruppen gewählt wurde, und welche ihre Principien, für die sie seinerzeit gekämpft hat, um den Preis des Fortbestehens einfach verkauft hat . . . (Lärm und Widerspruch rechts — Beifall links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner! Ich habe Sie bis jetzt reden lassen. (Rufe links: Das ist Wahrheit!) Sie werden mir zugeben, ich habe im höchsten Maße die Redefreiheit gewahrt, aber diese Äußerungen (Gem.-Rath Gregorig: Das mag wohl unangenehm sein, Herr Bürgermeister!) gehören nicht zum Gegenstande und wir haben sie schon gehört, und zwar wieder holt. (Lärm links.) Ich bitte, halten Sie sich an die Sache! Es handelt sich um die Bedeckung der Auslagen für das nächste Jahr.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): ... einer Partei, welche die Freiheit der Staatsbürger auf ihre Fahne geschrieben hat, und welche die Freiheit der Meinungsäußerung und die parlamentarische Vertretung des Volkes zu fördern vorgibt, aber die Opposition, welche von den breitesten Schichten der Bevölkerung hieher gesendet wurde, in der unerhörtesten Weise beleidigt, einer solchen Partei bewillige ich kein unbedecktes Provisorium. Ich bewillige es nicht, weil diese Partei das Vertrauen verloren hat, die Einnahmen der Stadt Wien auf drei Monate ohne Controle verwalten zu dürfen. (Richtig! links — Widerspruch rechts.)

Ich glaube auch gezeigt zu haben, dass sich die Grundsätze und Principien politischer Ehrlichkeit und Offenheit längst in die Principienlosigkeit politischer Gaukelei umgewandelt haben. (Widerspruch und Gelächter rechts — Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner, ich rufe Sie wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung. (Erneuerter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Ich will nur noch sagen, dass Sie (rechts) heute nicht mehr deutsch-, sondern ungarisch-liberal sind, und so habe ich die Ehre gehabt, Ihnen zu sagen, was ich zu sagen hatte, und was das betrifft, was wir über das Budget in der Generaldebatte im nächsten Jahre sprechen werden, erkläre ich Ihnen heute schon, dass dies heute nur das Vorspiel von dem war, was im nächsten Jahre kommen wird. (Beifall.)

Gem.-Rath Kaspar: Ich erlaube mir nur auf einen Widerspruch zwischen Alinea 1 und 2 des Berichtes hinzuweisen. (Referent: Das ist ein Druckfehler!) Ah so, also ein Druckfehler, denn sonst wäre hier ein Widerspruch.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Hochgeehrte Versammlung! Wenn der Herr Referent vor das Plenum tritt und von uns verlangt, dass wir zur Bedeckung zustimmen sollen, so heißt das so viel, dass wir demjenigen, der an der Spitze steht, oder denjenigen, die im Präsidium sitzen, sowie dem verehrlichen Stadtrathe ein gewisses Vertrauen entgegenbringen. Vertrauen mögen aber diejenigen Herren mehr haben, die heute mit den sogenannten Geheimnissen des Stadtrathes etwas besser betraut sind, aber wir, diejenigen, die zum großen Theile ausgeschlossen sind, die sich nur theilweise informiert haben aus den Zeitungen oder Berichten, wir können diesen Dingen nicht mit solchem Vertrauen entgegenkommen, gerade wir auf unserer Seite (links) können die Bedeckung absolut nicht bewilligen.

Wenn sie erwägen, wie sie uns gelegentlich der Zusammensetzung der verschiedenen Commissionen behandeln, mit welcher Geringschätzung sie uns eigentlich entgegenkommen, so können sie doch von uns wahrlich nicht verlangen, dass wir die Bedeckung bewilligen. Die Stadtraths-Beschlüsse werden zwar veröffentlicht, von der eigentlichen Verhandlung jedoch erfährt das Plenum leider sehr wenig, und das ist ein Hauptgrund, weshalb wir absolut nicht zustimmen können, die Bedeckung zu bewilligen, so lange nicht die genügende Controle in den verschiedenen Commissionen ist und so lange wir nicht das uns nach unserer Stärke gebürende Drittheil auch im Stadtrathe haben. Sie werden sagen, nun ja, im Stadtrathe sitzt ja einer von euch. Ich habe aber Erfahrung gemacht, dass man besondere Sachen, von denen man vielleicht denkt dass unser Führer dagegen ist, zu einer Zeit vornimmt, wo der Führer im Stadtrathe fehlt.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, da muss ich doch bitten, dass Sie derlei Dinge auch anführen. Wenn Sie das nicht thun würden, müsste ich annehmen, dass ihre Behauptung nicht richtig ist. Sind Herr Gemeinderath in der Lage, solche Beispiele anzuführen?

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Ich werde sogleich ein Beispiel anführen. Ich könnte es auch zum Schlusse sagen. Ich glaube nicht, dass Herr Bürgermeister mich zwingen können, das sofort zu sagen.

Bürgermeister (fortfahrend): Ich will Sie überhaupt nicht zwingen. Ich kann Sie auch nicht zwingen, das ist selbstverständlich, aber nur dann wenn Sie solche Beispiele anführen, hat Ihre Behauptung Wert.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Ich werde Ihnen ein Beispiel von der Stadtraths-Sitzung vom 20. d. M. sagen. (Gem.-Rath Hawranek: Aber nur zuletzt, jetzt nur fortfahren. — Heiterkeit.) Da war ein Referat auf der Tagesordnung bezüglich der Besetzung einer Oberlehrerstelle. Und wie Herr Dr. Lueger weg war, hat man, trotzdem es nicht auf der Tagesordnung gewesen ist, das Referat doch gebracht. Wenn ich nicht irre, war sogar der Herr Bürgermeister nicht besonders für den Referenten-Antrag. Der Herr Bürgermeister war leider abwesend. Wahrscheinlich ist die Sache dazu benützt worden, um vielleicht den Referenten-Antrag durchzubringen.

Bürgermeister: Als Bürgermeister bin ich verpflichtet, derlei Behauptungen zurückzuweisen. Das ist meine Pflicht nach dem Statut. Ich muss Sie aufmerksam machen, dass der Stadtrath eine Tagesordnung nicht hat (Gem.-Rath Jedlička: Noch commoder!), es auch gar nicht möglich ist, eine Tagesordnung für die Berathungen des Stadtrathes aufzustellen. Das wird jeder zugeben, der einmal an den Berathungen des Stadtrathes theilgenommen hat. Es ist nun gar nicht möglich, darauf Rücksicht zu nehmen, ob eine bestimmte Persönlichkeit, ein Mitglied des Stadtrathes, anwesend ist oder nicht. Wenn ein Referat erstattet werden kann, so wird es erstattet. Was mich betrifft, so kann ich den Stadtraths-Sitzungen in der Regel nicht beiwohnen, weil ich in meinem Bureau sehr dringend zu thun habe. Ist es mir aber möglich, die Zeit zu erübrigen, so wohne ich auch den Stadtraths-Sitzungen bei. Insolange Sie also nicht in der Lage sind, concrete Fälle anzuführen, möchte ich bitten, derartige Verdächtigungen des Stadtrathes zu unterlassen. Die Referate kommen nach der Reihe, sie werden so erstattet, wie es möglich ist, aber ohne jede Rücksicht auf die Anwesenheit oder Abwesenheit eines Mitgliedes.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): Sehen Sie, Herr Bürgermeister, es würden nicht solche Anwürfe gegen den Stadtrath vorkommen, wenn nicht die Stadtrathssitzungen geheim wären. Dass dieses Referat schon drei bis vier Wochen gelaufen ist, das wissen Sie, Herr Bürgermeister, vielleicht selbst nicht. Meine Herren, im Stadtrathe liegt das Übel und so lange es nicht dahin gebracht ist, dass die Sitzungen desselben öffentlich sind, und wenn es vorkommt, dass bei Besetzungen sogar minder qualificierte Leute anderen vorgezogen werden, welche besser qualificiert sind, können Sie es einem nicht übelnehmen, wenn man sagt: Ich habe das nöthige Vertrauen nicht, die Bedeckung zu bewilligen.

Klären Sie die Sache auf, dass es nicht so gewesen ist, beweisen Sie, dass in Ober-St. Veit der Bestqualificierte genommen wurde, und ich nehme sofort mein Wort zurück.

Ich weiß auch, es hat sich da nicht um einen antisemitischen Lehrer gehandelt, sondern um zwei Lehrer, welche von Liberalen protegiert wurden. Die Herren waren schön unter sich, Dr. Lueger hat auch gefehlt, und der Herr Bürgermeister sagt selbst, dass er auch nicht dort war. Der Beschluss ist mit allen gegen zwei Stimmen gefasst worden. Ich könnte Ihnen noch mehr zur Bekräftigung sagen, was der Herr Referent sagte, weil sich so manche Herren gar so sehr für die Sache erwärmt haben. Das ist das Traurige, dass der Stadtrath geheim ist. Die anderen Stadträthe, die nicht anwesend waren, sagen einfach: ich weiß es nicht. Wenn es nicht so ist, so bitte ich mich zu widerlegen; der Herr Referent ist ja hier im Hause.

Sie müssen da doch einsehen, dass wir unter solchen Umständen die Bedeckung nicht bewilligen können. Sagen wir, Dr. Lueger ist einmal krank, dann kommen allerhand Referate hervor, denn es ist keine Controle.

Manche der Stadträthe, alle Achtung vor Ihnen, werden niedergestimmt, obwohl sie liberal sind. So muss einer mit den anderen leiden. Das beste wäre, wenn der Stadtrath aufgehoben würde, wenn es aber mit dem Aufheben schon nicht geht, so soll er öffentlich sein Wer kein böses Gewissen hat, braucht die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Aber leider! Der Stadtrath ist das Geheimnis von Wien. Der Stadtrath ist dazu da, um manches zu begraben und manches todtzuschweigen, wofür man eben die Öffentlichkeit nicht will. Sehen Sie, meine Herren, das ist die Corruption . . . (Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Erlauben Sie, Herr Gemeinderath, was ist die Corruption?

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Die Geheimnisthuerei! (Gem.-Rath Hawranek: Passen S' auf! — Lebhafter Widerspruch und Rufe rechts: So spricht man nicht mit dem Vorsitzenden! — Lebhafter Widerspruch und Rufe links: Ruhig Juden! Was ist denn mit den Juden?! — Anhaltende Unruhe im ganzen Saale.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hawranek, ich habe Sie schon wiederholt gebeten, die Ruhe nicht zu stören. Ich möchte Sie auch bitten, diejenige Ordnung, die dem Präsidium gegenüber unbedingt nothwendig ist, nicht zu verletzen. Es ist mir peinlich, wenn ich mit strengen Maßregeln vorgehen muss; ich werde es aber thun, wenn Sie mich dazu zwingen. Ich hoffe, Sie werden sich meiner Bitte fügen und die Ordnung aufrecht erhalten.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (fortfahrend): . . . Sehen Sie, meine Herren, es gibt so viele wirtschaftliche Fragen; zum Beispiel die Pfandleihanstalten, die werden, trotzdem die Gemeinde das Recht zu ihrer Führung hat, vergeben und auf irgendeine Befürwortung hin werden Private concessioniert. Die Gemeinde Wien hätte ja selbstverständlich, wie jede andere Gemeinde das Recht, wenn sie darauf reflectiert, die Anstalten zu führen. Auf diese Weise könnte man tausende ersparen. Verwenden Sie das Geld auf solche Humanitätsanstalten! Leider, dazu hat aber der Stadtrath keine Zeit; es nützt alles nichts. Das ist eben so wie mit der Einführung der eigenen Regie. Das sind alles riesige Fehler. Aber die Herren kommen auf ein paar Stunden zusammen; sie haben so viel zu machen und so viel unter sich auszumachen, aber für solche große Gesetze, für wirtschaftliche Sachen hat man leider nicht Zeit. Ich will Sie nicht länger aufhalten; aber ich sage noch einmal: Änderung des Statutes; mir wäre es ja ganz recht, den Stadtrath fallen zu lassen. Für Sie wird das auch besser sein; diese Jagd nach den 3000 fl. wird aufhören und man wird dann nicht mehr diejenigen aussuchen, die sich um die Partei verdient machen, sondern man wird die besseren wählen; man wird dann sagen: „Der und der ist ein tüchtiger Mann, und darum nehmen Sie den." Aber wenn man heute sagt: „Stadtrathswahl" — so sind gleich 30 Männer da und das ist ein Unglück — ein Unglück auch für Ihre Partei. Das Statut soll also umgeändert werden, und wenn man schon so für den Stadtrath schwärmt, so soll das Geheimhalten und die Vertraulichkeit aufgehoben werden. Meine Herren, ich sage es noch einmal, Leute, die sich vor der Öffentlichkeit nicht scheuen, sollen auch öffentlich und in öffentlicher Sitzung auftreten; wenn wir als einfache, schlichte Männer das thun müssen, so kann dies doch umso eher dort geschehen, wo die Elite des Gemeinderathes zusammensitzt. Deshalb, meine Herren, stimme ich — und ich glaube auch, meine Partei mit mir — gegen die Bedeckung. (Beifall links.)

Gem.-Rath Silberer: Ich habe nicht die Absicht gehabt, zu dem Punkte der Tagesordnung zu sprechen, und werde mich auch mit der Sache kaum befassen, wenigstens nicht mehr, als um zu erklären, dass ich für die Bedeckung stimmen werde, weil der Apparat nicht stehen bleiben kann, und weil ich die bestimmte Erwartung daran knüpfe, dass mit dem bisherigen System gebrochen werden muss. Ich habe in dieser Beziehung in unser gegenwärtiges Präsidium volles Vertrauen. Eine solche Sache läßt sich aber nicht im Handumdrehen machen, und mir scheint Dr. Grübl

Bedeckung.

Anmerkung

Zur Bedeckung.

Zu Post I. Das Detail und die Begründung dieser Post ist aus der Vorlage des Magistrates, Seite 563 des Hauptvoranschlages ersichtlich.

Zu Post II. Siehe die Bemerkung zu dieser Post auf Seite 563 und 565 der Magistratsvorlage.

Zu Post III. Der bare Cassarest der eigenen Gelder betrug am 7. December 1895 rund 1,117.300 fl. und dürfte nach der in dem zuletzt abgelaufenen Jahre 1894 hinsichtlich des Verhältnisses des Cassavorrathes am 7. December 1895 zu jenem mit Schluss des Jahres gemachten Erfahrung am 31. December 1895 voraussichtlich rund . . . . 1,100.000 G.
betragen.

Hievon sind jedoch conform dem bisher beobachteten Vorgange zu Zwecken einer ungestörten Cassabewegung, namentlich mit Rücksicht auf die durchlaufende Gebarung . . . . 500.000 „
intact zu erhalten, so dass der zu Budgetzwecken pro 1896 disponibel verbleibende Cassavorrath mit rund . 600.000 G.
angenommen werden kann.

Der Courswert der der Gemeinde Wien gehörigen Wertpapiere ist in dem Ausweise 20 mit . . . . 2,799.269 G. 84 Kr.
beziffert, wovon jedoch mit Rücksicht auf die über Verfügung des k. k. Commissärs vom 24. September 1895, Z. 7.876, und vom 15. October 1895, Z. 8.355, erfolgte und budgetmäßig vorgesehene Übertragung von 39.800 G. Nom. Silberrenten-Obligationen an den Bürgerspitalfond und Veräußerung von Silberrenten im Nominalbetrage von 400.000 G. (zur theilweisen Deckung der präliminarmäßigen Auslagen) nach dem im vorbezeichneten Ausweise 20 angenommenen Course von 101·4% ein Betrag von . . . . 445.957 „ 20 „
in Abfall zu bringen ist.

Auf dem hienach verbleibenden Restbetrage per . . . . 2,353.312 G. 64 Kr.
lasten aber die Überschüsse der Einquartierungsgelder nach dem Stande mit Ende 1894 per . . . . 1,456.264 „ 80 „
(Gemeinderaths-Beschluss vom 23. December 1885, Z. 7.217) und die Widmung Gabriellis für einen monumentalen Brunnen per . . . . 100.000 „ — „
so dass hievon nur Wertpapiere im Courswerte von . . . . 797.047 G. 84 Kr.
oder rund von . . . . 797.000 „
zur freien Verfügung verbleiben.

Aus dem disponiblen Cassavorrathe und durch Verkauf von Wertpapieen kann somit ein Betrag von zusammen . . . . 1,397.000 G.
bedeckt werden.

mann, Roske, Dr. Prockſch, Röhrl, Schenzel, Schieferl, Schlechter, Schmidt, Dr. Scholz, Seidler, Simon, Dr. Stern, Stiaßny, v. Stummer, Tagleicht, Taubler, Dr. Uhl, Baugoin, Billicus, Dr. Vogler, Waegner, Ignaz Weſſely, Winker, Witzelsberger, Wünſch, Wurm, Dr. Zimmermann, Zweig.

Mit Nein die Herren Gem.-Räthe: Bärtl, Becker, Boſchan, Brauneiß, Büſch, Dolainski, Dürbek, Edlhofer, Eigner, Froſch, Fuchs, Dr. Geßmann, Gräf, Gregorig, Joſef Grünbeck, Sebaſtian Grünbeck, Hawranek, Herrdegen, Hipp, Hörmann, Jedlička, Kaſpar, Dr. Kupka, Dr. Lueger, Mareſch, Pollak, Purſcht, Dr. Rader, Rißaweg, Sauerborn, Scheidl, Schuh, Silberer, Stehlik, Steiner, Strobach, Tiſchler, Tomola, Trambauer, Weitmann, Vincenz Weſſely.

Gem.-Rath Dr. Lueger: 41 ſind bei mir; jetzt habe ich doch etwas conſtatiert, was dem Herrn Schriftführer unangenehm ſein wird.

Bürgermeiſter: Aber ich bitte! (Lärm links. Gem.-Rath Dr. Lueger: Jetzt werde ich Ihnen etwas zeigen!) Aber ich bitte, Herr Gemeinderath! (Großer, anhaltender Lärm links. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das iſt eine offenbare Unwahrheit! Iſt das eine Art und Weiſe? — Gem.-Rath Dr. Lueger: So ein Scandal! — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Jetzt iſt in einer jeden Zweifel ausſchließenden Weiſe conſtatiert, wie da vorgegangen wird. — Anhaltender, wiederholt ſich erneuernder Lärm links. Der Bürgermeiſter gibt wiederholt das Glockenzeichen. In dem anhaltenden Lärm bleiben die Zwiſchenrufe der Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger, Dr. Geßmann, Steiner, Sebaſtian Grünbeck, Strobach, Purſcht und Stehlik unverſtändlich. Die Rufe: „Herunter Dehm!“ „Abzug Dehm!“ erneuern ſich unausgeſetzt. Die Verhandlung erſcheint infolge des langanhaltenden Lärmes, in welchem der Vorſitzende trotz wiederholten Glockenzeichens nicht zum Worte gelangt, durch längere Zeit unterbrochen.)

Meine Herren! Ich glaube, wir können jetzt die Debatte fortſetzen. (Rufe links: Nein, nein! Dehm muſs hinaus!) Es haben für die Wahl von Generalrednern ..... (Erneuerte ſtürmiſche Rufe links: Dehm hinaus! Stürmiſche Unruhe und Gepolter links. — Gem.-Rath Stehlik: Leiſten Sie Abbitte, Herr Dehm!)

Ich erkläre ..... (Neuerliche lebhafte Unruhe. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Dehm ſoll ſofort ſein Mandat niederlegen! — Stürmiſche Rufe links: Dehm muſs hinaus!)

Der Antrag auf Wahl von Generalrednern iſt mit 49 gegen 41 Stimmen angenommen. (Neuerlicher Lärm links.) Ich bitte, meine Herren .... (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das iſt nicht wahr!)

Gem.-Rath Silberer (zur Geſchäftsordnung): Hören Sie ein Wort nun von mir, meine Herren, an. Ich bitte, mit dem Schreien kommt nichts heraus, ich kann nur die Bitte an Sie richten, es ſolle ſich ein Herr zum Worte melden und das vorbringen, was Sie ſagen wollen. Mit Schreien kommen wir zu nichts. (Lebhafte Unruhe links, welche ſowohl während der vorſtehenden als bei den nachfolgenden Ausführungen anhält.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geſchäftsordnung): Meine Herren! Ich erkläre kurz Folgendes: Ihre Aufregung iſt ganz unbegründet. Den Herrn Gem.-Rath Dehm trifft gar kein Verſchulden. Es haben ſich vor der namentlichen Abſtimmung einige Herren hier entfernt. So iſt die Sache. Dies bringe ich zu Ihrer Kenntnis. Ihre Aufregung iſt eine durch und durch unbegründete. (Rufe rechts: Der Herr Bürgermeiſter ſoll reden!)

Bürgermeiſter: Meine Herren! Ich werde nicht früher reden, bevor es nicht im Saale abſolut ruhig iſt. Ich werde warten, bis es ruhig iſt. Ich werde nur conſtatieren, wer mir das Weiterverhandeln unmöglich macht. (Die Unruhe und die Zwiſchenrufe: „Dehm hinaus!“, „Hinunter mit ihm!“, „Hinaus!“ auf der linken Seite dauern fort. — Gem.-Rath Steiner: Solche Leute gehören nicht auf den Poſten eines Schriftführers! — Rufe rechts: Warum ſpricht der Bürgermeiſter nicht?)

Ich werde erſt dann wieder ſprechen, wenn es im Saale abſolut ruhig iſt. Ich habe es ſchon erklärt. Bis dahin werde ich conſtatieren, daſs man mich an dem Weiterverhandeln hindert. Das werde ich conſtatieren. (Rufe links: Der Dehm muſs herunter!) Derlei Zurufe, die einen Zwang ausüben ſollen auf ein Mitglied der Verſammlung, betrachte ich als gar nicht gemacht. (Rufe links: Er ſoll richtig zählen!) Es iſt ganz richtig gezählt worden. (Lebhafter Widerſpruch links.) Ich erkläre Ihnen, Sie ſind vollſtändig im Unrecht. Die Zählung iſt vollkommen richtig und genau gemacht worden. (Rufe links: Nein!) Das iſt übrigens alleseins. In gar keinem Falle haben Sie das Recht, den Präſidenten am Weiterverhandeln zu verhindern; dieſes Recht haben Sie nicht. (Rufe links: Abzug Dehm! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort zur Geſchäftsordnung!) Zuerſt habe ich das Wort. (Rufe links: Nein!) Meine Herren! Erlauben Sie mir; früher werde ich nicht verhandeln, dafür ſtehe ich Ihnen gut.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort zur Geſchäftsordnung. Das Wort zur Geſchäftsordnung muſs jederzeit ertheilt werden.

Bürgermeiſter: Aber zuerſt werde ich das Wort ergreifen, um die Sitzung wieder zu eröffnen, und das werde ich erſt dann thun, wenn im Saale die erforderliche Ruhe ſein wird. Wir haben Zeit. (Gem.-Rath Jedlička: Wir auch, bis morgen früh. — Ruf links: Die Sitzung war unterbrochen!) Die Sitzung war nicht unterbrochen durch den Präſidenten. (Gem.-Rath Gregorig: Sie haben ja geſagt, ſie war unterbrochen!) Die Sitzung war unterbrochen durch den Lärm, der ein weiteres Verhandeln unmöglich gemacht hat; das conſtatiere ich. Die Sitzung war keinen Augenblick durch mich unterbrochen, weil ich die Unterbrechung nicht ausgeſprochen habe. Die Sitzung wurde nur unterbrochen durch den Lärm, der von einer Seite gemacht wurde, und durch Perſönlichkeiten, die mir genau bekannt ſind, und ich werde die Sitzung wieder aufnehmen, wenn die erforderliche Ruhe im Saale ſein wird. (Nach einer längeren Pauſe:) Alſo, es haben für den Antrag auf Wahl von Generalrednern 49 und dagegen 41 geſtimmt. Der Antrag iſt alſo angenommen.

Ich bitte, nunmehr zur Wahl von Generalrednern zu ſchreiten. (Lebhafter Widerſpruch links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Herr Bürgermeiſter, Sie werden die Geſchäftsordnung reſpectieren, ich begehrte mit lauter Stimme das Wort zur Geſchäftsordnung! (Gem.-Rath Steiner: Ein liberaler Advocat hat ſich zu fügen!)

Bürgermeiſter: Herr Gemeinderath, ich ſchließe Sie von der Sitzung aus. (Stürmiſche Unruhe und Rufe links: Das gibt es nicht, zuerſt muſs die Sitzung eröffnet werden. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie haben den Steiner ausgeſchloſſen, das werden Sie noch büßen!)

Gem.-Rath Steiner: Ich habe die Ehre, Herr Bürgermeister! In der nächsten Sitzung sehen wir uns wieder. (Zu Gem.-Rath Dehm: Wie lange bleiben Sie noch da sitzen?)

Bürgermeister (zu Gem.-Rath Dr. Lueger): Was wünschen Sie, Herr Dr. Lueger?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mit lauter, vernehmlicher Stimme zu wiederholtenmalen ums Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Ich bitte mir endlich das Wort zur Geschäftsordnung zu ertheilen. Sie sind, Herr Bürgermeister, nach der Geschäftsordnung verpflichtet, jedem, der sich zum Worte zur Geschäftsordnung meldet, sofort Folge zu geben.

Bürgermeister: Dass jedes Mitglied der Versammlung berechtigt ist, das Wort zu verlangen, ist mir bekannt. Aber ich habe früher erklärt, ich werde die Verhandlung erst wieder aufnehmen, bis es ruhig sein wird. Ich constatiere, um Missverständnissen und Zweifeln vorzubeugen, dass die Sitzung nicht unterbrochen worden ist. Ich habe die Sitzung nicht unterbrochen. (Lebhafter Widerspruch und Rufe links: Sie haben die Sitzung für unterbrochen erklärt!) Das ist nicht wahr. Ich habe erklärt, ich werde die unterbrochene Sitzung erst wieder aufnehmen, wenn es ruhig ist. Ich habe aber constatiert, dass nicht ich die Sitzung unterbrochen habe, sondern dass sie unterbrochen worden ist. Ich habe dann verkündet, dass der Antrag auf Wahl von Generalrednern mit 49 gegen 41 Stimmen angenommen worden ist. Ich habe weiter constatiert, dass der Antrag angenommen worden ist und dass die frühere Zählung vollkommen in Ordnung vor sich gegangen ist. Ich bitte, Herr Dr. Lueger, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Sie erlauben mir, dass ich zuerst . . . . . . (Heiterkeit rechts.) Sie lachen schon wieder. Wir kennen Ihre Methode. Wir werden uns auch nicht weiter beschweren. Lachen Sie nur zu. Diejenigen unter Ihnen, die lachen, sind am allerwenigsten fähig, darüber zu urtheilen . . . . . .

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, erstens, lacht gar niemand. Die Sitzung ist viel zu traurig, um dazu zu lachen!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich brauche nicht den Vorsitzenden. Ich verschaffe mir immer selbst Recht, weil ich weiß, dass der Vorsitzende mir nie Recht verschafft, und darum mache ich mir selbst Ordnung. Wenn drüben jemand unanständig ist, den nehme ich selbst her, ich brauche niemand zur Hilfe.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, ich bitte sich zu mäßigen. Vom Vorsitzenden ist Ihnen noch nie unrecht geschehen. Der Vorsitzende ist immer gerecht und objectiv. (Gelächter links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sie haben ausdrücklich erklärt, dass Sie die Sitzung unterbrechen. (Widerspruch rechts, Lärm links. — Rufe links: Wir brauchen keine Zeugen von drüben!) Der Herr Bürgermeister hat ausdrücklich erklärt, dass die Sitzung unterbrochen sei. (Rufe rechts: Nein! — Rufe links: Er hat es doch gesagt!) Derjenige, der das ableugnen wollte, hat entweder kein Gehör, und dann gehört er nicht in den Gemeinderath; oder er hat es gehört, und ist so gewohnt, die Unwahrheit zu sagen, dass er sie auch diesmal sagt. (Großer Lärm rechts. — Beifall links.)

Bürgermeister: Herr Gemeinderath! Ich muss Sie dringend ersuchen, nicht weiter zu provocieren. Die Verhandlung werden Sie auf die Dauer nicht aufhalten. Wir wollen die Sache heute erledigen. (Rufe links: Durchpeitschen! Das Wort durch Generalredner abschneiden! — Gem.-Rath Jedlička: Das weisen wir zurück, dass wir provocieren, es wird falsch gezählt!) (Gegen Gem.-Rath Jedlička gewendet:) Sie haben nicht das Wort. Ich ersuche Sie, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, die weitere Verhandlung zu ermöglichen, und erkläre von vornherein, ich habe die Sitzung früher nicht unterbrochen, Sie werden auch keine derartige Bemerkung im Protokolle finden. Ich habe später, nachdem der Lärm vorüber war, gesagt, ich werde erst dann wieder zu sprechen anfangen (Widerspruch links) und die Sitzung wieder aufnehmen (So ist es! links), wenn vollkommene Ruhe herrscht. (Widerspruch links.) Also, meine Herren, warum streiten Sie denn darüber, das hat ja gar keinen Zweck.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn ich einen Ausdruck gehört habe, so lasse ich mir dies nicht abstreiten, da können Sie dagegen sagen, was Sie wollen, da kann im Protokolle stehen, was da will. Jeder, der Ohren hat, die menschlich eingerichtet sind, muss gehört haben . . . . (Widerspruch rechts. — Bürgermeister: Aber das ist ja ganz gleichgiltig!) Nein, das ist nicht gleichgiltig, hören Sie nur, was ich sagen will; der Herr Bürgermeister hat erklärt, dass die Sitzung unterbrochen ist. (Gem.-Rath Rosenstingl: Nein! — Rufe links: Der Rosenstingl gibt keine Ruhe, den sollen Sie auch ausschließen!) Also jeder, der ein gut functionierendes Gehör hat, muss gehört haben, dass der Herr Bürgermeister erklärte, dass die Sitzung unterbrochen ist, und dass er mir deswegen das Wort zur Geschäftsordnung nicht gegeben hat, weil er angeblich die Sitzung noch nicht eröffnet hatte. (So ist es! links. Widerspruch rechts.) Das, meine Herren, ist eine unbestreitbare Thatsache, und wer diese leugnen wollte, müsste wirklich ganz merkwürdig construiert sein.

Wenn nun die Sitzung unterbrochen war — und sie war es — dann durfte der Herr Bürgermeister auch den Gem.-Rath Steiner nicht ausschließen. (Richtig! links.) Denn die Disciplinargewalt des Herrn Bürgermeisters, respective des jeweiligen Vorsitzenden hat überhaupt nur Wirksamkeit während der Dauer der Sitzung; während der Unterbrechung einer Sitzung kann jeder machen, was er will, und da darf auch mit dem Ausschließen nicht vorgegangen werden. Es ist daher die Ausschließung des Herrn Gem.-Rathes Steiner, abgesehen davon, dass sie auch in anderer Richtung nicht gerechtfertigt werden kann, eine solche, die wider den klaren Wortlaut des Statutes verstößt. Nun aber zur eigentlichen Frage, weswegen ich mir das Wort zur Geschäftsordnung erbeten habe.

Meine Herren! Bei der namentlichen Abstimmung hat sich Folgendes ergeben. Ich habe genau achtgegeben und habe gefunden, dass Mitglieder des Gemeinderathes, die der Majorität angehören und die bei der Abstimmung durch Handerheben mit uns gestimmt haben, bei der namentlichen Abstimmung ihr Votum nicht abgegeben haben. (Ruf rechts: Wer? Namen nennen!) Nun, meine Herren, ich kann Namen nennen. Herr Müller, ist es so? (Gem.-Rath K. J. Müller: Zuerst habe ich gar nicht, bei der namentlichen Abstimmung aber mit Ja gestimmt!)

Es sind noch einige. Ich will aber die Herren nicht compromittieren (Oho-Rufe rechts), weil sie sonst Ihrer Rache ausgeliefert werden. (Sehr richtig! links — Widerspruch rechts.) Ich kenne Ihr Vorgehen gegen uns, und Sie sind ja gegen diejenigen aus Ihrer Mitte, die es wagen, gegen ein Parteidictat zu stimmen oder in einem solchen Falle, wie heute, die Partei zu verlassen, unduldsam, intolerant. Da gehören Sie ja ins finstere Mittelalter.

Bürgermeister: Das gehört ja doch nicht zur Geschäftsordnung, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Warten Sie nur, Herr Bürgermeister, es muss alles gut vorbereitet werden. Nichtsdestoweniger haben 41 mit Nein gestimmt, und wissen Sie, wieviel früher gezählt worden sind? (Bürgermeister: 36!) 36. In Wahrheit aber, meine Herren, haben beim Handerheben nicht 41 gestimmt, sondern 45. (Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath .... (Unruhe links und Rufe links: Lassen Sie ihn ausreden!) Was nützt dieses Streiten um Ziffern? (Widerspruch links.) Herr Gem.-Rath Dehm, gegen den Sie Ihre Bemerkungen richten, hat überhaupt auf der rechten Seite gezählt, und hier (auf die Schriftführer zur linken Seite zeigend) wurde auf der linken Seite gezählt. Weiter constatiere ich, dass während des Zählens und während des Namensaufrufes die Thüre in einemfort auf- und zugegangen ist. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ein einziger ist hereingekommen!) Überdies kann man nicht loyaler sein, als dass, wenn eine Differenz von sieben Stimmen zwischen Ja und Nein ist, sofort die namentliche Abstimmung vorgenommen wird. Sie haben daher nicht den geringsten Grund zur Aufregung gehabt, auch nicht den geringsten Grund, darüber in der Weise loszuziehen. Gerade gegen den Herrn Gem.-Rath Dehm ist von Anfang bis zu Ende in der ungerechtesten Weise vorgegangen worden, da er auf dieser Seite gar nicht gezählt hat. (Widerspruch links — Rufe links: Da hört sich alles auf!)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich weiß nicht, warum mich Herr Bürgermeister unterbrochen haben. Ich habe mich weder gegen die Geschäftsordnung vergangen, noch jemanden beleidigt und bin dennoch unterbrochen worden. Ich erkläre Ihnen, es ist eine Unmöglichkeit, dass ein solcher Irrthum vorkommt, wie er hier durch die namentliche Abstimmung constatiert ist, und ein Mann, der sich zu wiederholtenmalen schon geirrt hat, ist unfähig, Schriftführer zu sein. (Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich habe bereits erklärt, dass Herr Gem.-Rath Dehm gar nicht gezählt hat (Stürmischer Lärm) und rufe Sie daher zur Ordnung!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist merkwürdig, meine Herren, dass der Schriftführer Gem.-Rath Dehm immer zu unseren Ungunsten sich irrt. Das ist eine Thatsache, welche nicht in Abrede gestellt werden kann, und wir verlangen, dass der Herr Gem.-Rath Dehm sein Amt als Schriftführer niederlegt, zu welchem er absolut untauglich ist.

Das verlangen wir, dazu sind wir berechtigt, und wenn in Ihnen noch ein Funke Gerechtigkeitsgefühl ist, so müssen Sie mit uns in diesem Wunsche übereinstimmen.

Herr Gem.-Rath Dehm soll als Schriftführer resignieren; er kann Ihr College bleiben, das können Sie halten, wie Sie wollen, aber Schriftführer darf der Mann nicht bleiben, der nicht zählen kann.

Das ist das Gelindeste, was man über den Mann sagen kann. Er irrt sich immer zu unseren Ungunsten und zu Ihren Gunsten. Daraus ziehe ich aber keinen Schluss, aber Schriftführer kann ein solcher Mann nicht bleiben, außer Sie sind der Meinung .... (Der Schluss des Satzes bleibt im anhaltenden Lärm unverständlich.) Er muss herunter.

Bürgermeister: Darf ich bitten. (Rufe links: Abzug Dehm!) Ich habe schon erklärt, dass alles, was in dieser Richtung angeführt worden ist, gegen Herrn Gem.-Rath Dehm gar keine Anwendung finden kann, nachdem er auf dieser Seite (nach links zeigend) gar nicht gezählt hat, er daher für das Zählungsresultat gar nicht im geringsten verantwortlich gemacht werden kann. Er hat auf der rechten Seite gezählt, und die Herren (auf die Schriftführer links zeigend) links.

Ich begreife daher nicht, nachdem ich es schon constatiert habe, und nachdem die Herren überdies gesehen haben, dass nach Abtheilungen gezählt wird, wie Sie dazu kommen können, dem Herrn Schriftführer Dehm einen solchen Vorwurf zu machen.

Ich bitte nun, die Wahl der Generalredner vorzunehmen. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich bitte, zur Geschäftsordnung. Beruhigen Sie sich, Herr Dr. Geßmann! Sie wollen das Wort zur Geschäftsordnung?

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe es wiederholt begehrt!

Bürgermeister: Also, ich bitte!

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere zunächst nur Folgendes: Der Herr Bürgermeister hat gesagt, die Sitzung ist unterbrochen. (Rufe rechts: Nein! Nein! — Widerspruch links.) Zum Teufel noch einmal, so lassen Sie doch jemanden ausreden.

Bürgermeister: Beruhigen Sie sich, Herr Dr. Geßmann, so spricht man nicht in einer Versammlung. (Gem.-Rath Strobach macht einen Zwischenruf.) Herr Gem.-Rath Strobach, ich bitte Sie jetzt noch einmal, sich ruhig zu verhalten.

Gem.-Rath Strobach: Sie haben mich heute noch nicht gebeten. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Aber jetzt!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich constatiere, dass der Herr Bürgermeister ausdrücklich die Worte gebraucht hat: „Ich werde die Sitzung wieder eröffnen", nachdem er vorher gesagt hat „Die Sitzung ist unterbrochen". (Rufe rechts: Nein! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja! Ja!) Nun, meine geehrten Herren, gestatten Sie mir die eine Bemerkung: Sie werden es begreifen, dass wir hier, die wir von Ihnen ausgeschlossen sind, von der gesammten Verwaltung der Gemeinde ausgeschlossen sind, sogar von der einfachen Stelle eines Schriftführers bei dem Präsidium, dass wir voll sind des berechtigtesten Misstrauens, nachdem wir sehen, dass durch vier Jahre dieses System einer mehr als eigenthümlichen Zählung in diesem Saale ....

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, das dulde ich nicht, eine solche Ausdrucksweise kann ich nicht dulden. Das, was Sie sagen, ist eine beleidigende Insinuation, und die weise ich ... (Lebhafter Widerspruch links), und wenn ein Fall geeignet ist, zu beweisen, wie unrecht Sie haben, so ist es der heutige (Lebhafter Widerspruch links; Rufe links: Das geht zu weit!), weil sich erstens herausgestellt hat, dass das Abstimmungsresultat in der Sache selbst, insoweit es sich um die Entscheidung handelt, ganz richtig war (Rufe links: Das ist auch nicht richtig! — Rufe rechts: Ja wohl!), weil der Antrag auf Wahl von Generalrednern sowieso als angenommen bezeichnet werden muss, weil weiters die Zählung leicht zu Ungenauigkeiten führen kann, und weil, wie ich schon früher gesagt habe, die Thüre auf und zu gegangen ist, und weil Sie weiter gesehen haben, dass bei dem geringsten Zweifel sofort die namentliche Abstimmung vorgenommen wurde; und ich sage Ihnen jetzt ganz offen, ich habe es absichtlich gethan; ich hätte keine Veranlassung gehabt, die namentliche Abstimmung vorzunehmen, ich habe es aber gethan, um ja jeden Anlass zu einem Streite von meiner Seite zu ver-

meiden. Ich habe Ihnen die Veranlassung, den Streit hervorzurufen, ganz allein überlassen, und mache Sie dafür ganz allein verantwortlich. (Rufe links: O je!) Ich bitte, das werden wir schon sehen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Nun, meine Herren, gestatten Sie mir folgende Bemerkung: Sie haben uns, wie gesagt, durch eine ganze Reihe von Jahren hindurch von dem Amte eines Schriftführers ausgeschlossen. (Rufe rechts: Gehört aber nicht zur Geschäftsordnung!) Es gehört daher (Rufe rechts: Nein!) zur Zählung der Stimmen, wie sie hier in diesem Falle, nicht einmal, sondern wiederholt constatiert wurde.

Und jetzt erlaube ich mir, den Herrn Bürgermeister thatsächlich zu berichtigen: Erstens ist es nicht richtig, dass an dem Abstimmungsresultate sich nichts geändert hat; die Wahrheit ist vielmehr, dass bei der ersten Abstimmung wir (die Linke) die Mehrheit gehabt haben, und dass die Minderheit erst bei der namentlichen Abstimmung herausgekommen ist. (So ist es! links.)

Das zweite ist Folgendes: Mir fehlt wirklich das Verständnis dafür, wenn der Herr Bürgermeister behauptet, der heutige Vorfall trage dazu bei, die Unbegründetheit dieser Anklagen nachzuweisen. (Bürgermeister: Jawohl!) Was gibt es für einen eclatanteren Fall, als den heutigen, um nachzuweisen, dass seitens der Schriftführer schlecht gezählt wird. Nun wiederholt sich diese Sache seit vier Jahren, und die Herren haben es nicht über sich gebracht, einen von uns als Schriftführer zu delegieren, um gewissermaßen uns die Controle zu ermöglichen. Sie dürfen es uns daher nicht übel nehmen; für diese Ausschließung unserer Partei gibt es keine Ausrede. Das muss einen Grund haben. Ich überlasse es Ihnen, weitere Conclusionen zu ziehen, aber die Thatsache besteht; denn sie haben keinen logischen Grund und können auch nicht mit dem gewissen Schlagworte „Antisemitismus" kommen, denn die Schriftführer haben mit dem Antisemitismus gar nichts zu thun. Wir wissen also heute, warum Sie uns vom Schriftführeramte ausschließen, und es ist unerhört von Seite des verehrten Herrn Bürgermeisters, dass er glaubt, in einer solchen Weise, wie er es heute gethan hat, eine solche Constatierung dieser unrichtigen Zählung auf diese Weise einfach unter den Tisch werfen zu können.

Bürgermeister: Dem gegenüber constatiere ich aber auch noch weiter, dass bei der Zählung der Schriftführer nur 43 als für den Antrag stimmend gezählt worden sind, während bei der namentlichen Abstimmung 49, also sogar noch mehr, und zwar um sechs mehr gezählt wurden, aus dem einfachen Grunde, weil die Versammlung während der Abstimmung sich verändert hat.

Gem.-Rath Strobach (zur Geschäftsordnung): Ich muss ...

Bürgermeister: Bitte, vielleicht verzichten Sie. (Rufe links: O nein! Gar keine Spur!)

Gem.-Rath Strobach (fortfahrend): Ich muss nur meine Verwunderung darüber ausdrücken, dass der Bürgermeister sich mit den Schriftführern identificiert. Irren ist ja menschlich, und wenn wir selbst so milde sein und annehmen wollen, dass er sich wirklich nur geirrt hat, so braucht sich ja der Herr Bürgermeister mit dem Irrthum nicht zu identificieren.

Bürgermeister: Das gehört doch nicht zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Strobach: Zur Geschäftsordnung muss ich thatsächlich bemerken, dass der Herr Bürgermeister jeden, der heute gesprochen hat, drei-, viermal unterbrochen hat. (Bürgermeister: Das ist meine Pflicht!) Ich bitte, mich ausreden zu lassen; ich habe Ihnen oft lange geduldig zugehört (Heiterkeit links), das kommt mir so vor wie im Hausherren-Vereine auf der Wieden; da hat einer den ganzen Abend hindurch gesprochen und wenn man ihn gefragt hat, warum? — so hat er gesagt: Weil ich Obmann bin. (Heiterkeit links.)

Wenn aber jemand sein Amt nicht ausüben kann, so soll er so viel Anstandsgefühl besitzen und auf sein Mandat verzichten und ... (die weiteren Worte bleiben in der großen Unruhe unverständlich.)

Gem.-Rath Jedlička: Ich kann es nicht unterdrücken, mich zur Geschäftsordnung zu melden, damit es protokolliert werde, dass uns bei der einzigen Gelegenheit, die wir im Jahre haben, über alles zu sprechen, die Mundsperre angelegt wird, dass von der sich liberal nennenden Partei der Antrag auf Wahl von Generalrednern gestellt wird, und weil sich die genügende Anzahl der Stimmen nicht findet, die Zählung liberal und nicht nach Adam Riese vorgenommen wird. (Widerspruch rechts.)

Bürgermeister: Ich rufe Sie zur Ordnung! Das ist nicht wahr!

Gem.-Rath Jedlička: Das lassen wir uns nicht gefallen. Ich bitte, zu protokollieren, dass ich über diesen Vorgang mein tiefstes Bedauern ausspreche. (Unruhe.)

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Wollen Sie ein bisserl ruhig sein! (Heiterkeit rechts.)

Bürgermeister: Ja, jetzt wollen Sie Ruhe! (Heiterkeit rechts.)

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Sie werden mir doch nicht ableugnen, dass ich den Herrn Bürgermeister in der nächsten Nähe gehört habe. Der Herr Bürgermeister hat Folgendes gesagt: „Ich bitte ruhig zu sein. Bevor nicht Ruhe ist, werde ich die Sitzung nicht wieder eröffnen. Jetzt ist sie unterbrochen." (Widerspruch rechts.) Das hat er gesagt, das läßt sich nicht leugnen. (Widerspruch rechts — Rufe links: So ist es!)

Bürgermeister: Das ist jetzt doch alleseins. Lassen wir das.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Unterbrechen Sie mich nicht, Herr Bürgermeister. Sie sprechen mehr als wir! Ich habe die Bemerkung gemacht: Wenn einer über die miserable communale Wirtschaft spricht, darf er nur ein Wort drein reden und er wird ausgeschlossen. Das ist ungerecht. Wir vertreten eine größere Anzahl Wähler und wir wollen reden. Sie wollen jeden ausschließen. Das ist überhaupt nicht anständig, dass man einen Gemeinderath ausschließt (Widerspruch rechts) und der Paragraph muss beseitigt werden. Wir müssen dies im Landtage in einer Petition erklären; dieser Hausknechtparagraph gehört nicht in das Gemeindestatut.

Bürgermeister: Gut! Ich nehme an, dass Sie über die Worte in der deutschen Sprache nicht so verfügen. (Gem.-Rath Hawranek: Aber Sie verstehen mich ganz gut!) Beruhigen Sie sich, es ist so. Ich nehme das an, aber ich muss Ihnen jetzt das letztemal sagen: mäßigen Sie sich, sonst werde ich Sie ausschließen. (Gem.-Rath Hawranek: Ich war eh' noch nicht ausgeschlossen!)

Gem.-Rath Becker (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Ehre der Wahrheit, und ich bin ein Mann, der kein Spectakelmacher ist; Sie werden mich kennen, dass ich die Zeit nicht unnütz verschwende, sondern öfter unnütz zuhören muss, was auch zuwider ist; aber bei dem, was heute geschehen ist, muss einer, wenn er noch so ein Lamm ist, aus dem Pelz springen; es ist unerhört, was heute vorgekommen ist; und ich kann sagen, was

auf unserer Seite vorgebracht wurde, beruht auf voller Wahrheit. Es ist wahr, dass der Herr Bürgermeister gesagt hat: „Die Sitzung ist unterbrochen" und es ist auch wahr, dass er Herrn Dr. Lueger das Wort zur Geschäftsordnung nicht ertheilen wollte, bis die Sitzung wieder eröffnet sein wird. Ehre der Wahrheit!

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur constatieren, dass Herr Dehm nur die Namen verlesen hat, während wir beide Schriftführer hier die Liste geführt haben, und die Liste stimmt vollständig mit dem vom Herrn Bürgermeister bekanntgegebenen Resultat überein. Es ist daher Herr Dehm absolut an dieser Frage gar nicht betheiligt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (zur Geschäftsordnung): Ich will Sie nicht lange aufhalten. (Lärm und Rufe links: Abzug!) Ich bitte nur einen Augenblick. (Anhaltende Unruhe links.) Seit den letzten Scenen, welche meinen Collegen Schrenck̈y betroffen haben, habe ich mir erlaubt, vorzuschlagen, dass wir nur diese (rechte) Seite zählen und die anderen Herren jene (linke) Seite. (Rufe links: Hinaus! Abzug! — Gem.-Rath Strobach: Mir scheint, er bleibt sitzen, das ist unerhört!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach, jetzt möchte ich Sie dringend bitten; wenn ich Sie noch einmal erinnern muss, werde ich Sie ausschließen. Es ist fast unmöglich, zu verhandeln. Ich möchte sehen, wer überhaupt soviel Geduld entwickelt, wie ich an dieser Stelle. (Widerspruch links.) Also ich bitte, die Versammlung hat früher beschlossen . . . (Unterbrechungen links.) . . . Strengen Sie sich nicht an, der Gegenstand wird erledigt werden; es ist vielleicht besser, wenn man's in Ruhe thut.

Es ist früher die Wahl von Generalrednern beschlossen worden, ich werde die vorgemerkten Herren befragen, ob sie pro oder contra sprechen wollen. (Über Befragen des Bürgermeisters erklären contra zu sprechen die Herren Gem.-Räthe Bärtl, Purscht, Dr. Geßmann, Dr. Lueger, Gregorig, Sebastian Grünbeck, Jedlička, Gräf und Hawranek, pro die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung und Dr. Nechansky.)

Bürgermeister: Ich bitte die Herren Gem.-Räthe Bärtl, Purscht, Dr. Geßmann, Dr. Lueger, Gregorig, Sebastian Grünbeck, Jedlička, Gräf und Hawranek, einen Generalredner zu wählen und ebenso die Herren Gem.-Räthe Dr. Friedjung und Dr. Nechansky. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner pro ist gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung, contra Herr Gem.-Rath Dr. Lueger. Das Wort hat der Herr Generalredner pro.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe eigentlich die Absicht gehabt, über einen Gegenstand von höchster Tragweite zu sprechen. Ich wollte einen Vergleich ziehen zwischen den großen Arbeiten über die Steuerreform in Deutschland und zwischen dem, was auf Grund der demnächst im Abgeordnetenhause anzunehmenden Steuerreform in Österreich zu geschehen hätte, und es würde der Würde des Gemeinderathes entsprechen, sich mit diesem großen Probleme der Steuerwissenschaft zu beschäftigen. Wir würden unsere Pflicht erfüllen, wenn wir dem großen Beispiele der deutschen Städte entsprächen, insbesondere dem Beispiele von Berlin, welches in diesem Augenblicke im Begriffe ist, die Mietsteuer in der Höhe von 13,200.000 Mark abzuschaffen und auf diese Weise den schwer belasteten ärmeren Bürgern eine Erleichterung zu gewähren. Es würde der Würde dieser Versammlung entsprechen, wenn Sie sich mit dieser Aufgabe beschäftigte, aber ich gestehe ganz offen, dass — obwohl ich hier ein Ziffernmaterial zusammengetragen habe, welches ich beabsichtigte, der geehrten Versammlung vorzulegen — dass ich nicht die Ruhe besitze, um das alles mit der nothwendigen Klarheit darzulegen. Ich erspare mir dies auf einen späteren Zeitpunkt, eventuell bis zur künftigen Generaldebatte über das Budget. Ich thue dies mit einer gewissen Selbstbeherrschung, weil ich in keiner Weise durch das Hinausschieben der Debatte die große Aufgabe verhindern will, die wir vor allem haben, nämlich das provisorische Budget zu bewilligen und dadurch die Steuereinhebung möglich zu machen.

Meine sehr geehrten Herren! Wir dürfen bei niemandem, auf keiner Seite des Hauses, weder drüben noch hier den Verdacht erwecken und dürfen ihm nicht Raum gewähren, dass wir deswegen diese Verhandlungen nicht zu Ende führen wollen, auf dass die Steuern nicht eingehoben werden können. Einen solchen Verdacht darf keine Seite dieses Hauses erwecken und um aber nicht auch mit Veranlassung dazu zu sein, um nicht zu bewirken, dass wir am Ende vor dem 1. Jänner mit unseren Berathungen über das provisorische Budget nicht zustande kommen, um nicht diese unpatriotische Handlung zu begehen und nicht auf diese Weise eine Aufregung unter den Wählermassen herbeizuführen, will ich alle diese Betrachtungen, die uns vielleicht zu weit hinausführen würden, bei Seite setzen. Nur die eine Thatsache will ich constatieren, dass gemäß der preußischen Steuerreform den Gemeinden Deutschlands die ganze Gebäude- und Erwerbsteuer überlassen wurde, auf dass sie ihr Budget in Ordnung bringen können.

Infolge dieses Gesetzes, welches durch den genialen preußischen Finanzminister Miquel im Vorjahre durchgebracht wurde, sind der Stadt Berlin allein an staatlicher Gebäudesteuer 9,200.000 Mark und an Erwerbsteuer 4,000.000 Mark überlassen worden. Diese 13,200.000 Mark haben die Stadt Berlin in den Stand gesetzt, die Abschaffung der Mietsteuer ins Auge zu fassen, so dass das gesammte Budget der Stadt Berlin wesentlich auf die Einkommensteuer und die Gebäudesteuer, welche von den Hausherren allein zu bezahlen ist, während die von der Partei zu zahlenden Mietsummen abgeschafft werden sollen, basiert wird.

Dieser großartige Fortschritt in der Berliner Steuerverfassung, den ich nur kurz skizziert habe, sollte uns zur Nachahmung reizen und sollte insbesondere diejenigen von uns, welche in gesetzgebenden Körperschaften sind, bestimmen, dass sie bei Berathung der neuen Steuergesetze trachten, dass nicht der Geist, der in dieser Steuerreform gegenüber den Großstädten enthalten ist, auch wirklich zur Durchführung gelange. Diese Steuerreform, die im Abgeordnetenhause jetzt berathen werden soll, ist ein außerordentlicher Fortschritt, aber höchst ungünstig gegenüber den Städten, gegenüber der bürgerlichen Bevölkerung. Dadurch, dass die Stadt Wien 400.000 fl. an Zuschlägen zur Einkommensteuer verliert und überhaupt nicht Zuschläge zur Einkommensteuer auflegen darf und der Gemeinde Wien keine Steuer wie in Preußen zugewiesen wird, während den Ländern drei Millionen Steuer zugewiesen werden sollen, zeigt sich, dass das Stadt-, das bürgerliche Element in Österreich zu wenig Einfluss besitzt, um das Interesse der Städte zu wahren.

Schuld daran ist die Uneinigkeit der städtischen Bevölkerung. Wenn die Städte Österreichs und voran die Reichshauptstadt ihre Verhandlungen in würdiger und ernster Weise führen, wenn sie

sich die Achtung des Reichsrathes erwerben können, wenn die Verhandlungen auch in diesem Hause so sind, dass wir wirklich ein wirkungsvolles Votum abzugeben imstande sein werden und nicht unter uns einen förmlichen Bürgerkrieg eröffnen, werden wir allerdings einen maßgebenden Einfluss zu üben imstande sein. Ich glaube aber nicht, dass der Eindruck, wie ihn die heutige Verhandlung gemacht hat, bewirken wird, dass das Ansehen der Stadt Wien steige. (Zustimmung rechts.)

Ich will nur noch ganz kurz gegenüber den Angaben, die hier gemacht wurden, constatieren, dass wir, wenn wir auch in diesem Augenblicke vor einem veranschlagten Deficit stehen, hoffentlich und voraussichtlich in der Lage sein werden, aus den vorhandenen Geldern der Gemeinde dieses Deficit zu decken. Denn wir haben dadurch, dass wir zwei bis drei Jahre alle Arbeiten für die Wasserleitung aus den Einnahmen der Stadt gezahlt und indem wir dann diese Ausgaben aus dem Wasseranlehen refundiert haben, einen kleinen Stadtschatz, um mich so auszudrücken, aufgehäuft. Es ist das ein kleiner Schatz von drei Millionen Gulden, den wir durch gute Gebarung in den ersten zwei Jahren von Groß-Wien erspart haben.

Infolgedessen werden wir diesen Abgang zu decken in der Lage sein und wir werden insbesondere die großen Ausgaben für die Schulen und Straßen, die wir haben, zu bestreiten imstande sein und dabei aber — und das muss die rechte Seite dieser Versammlung mit Befriedigung erfüllen — dabei haben wir unser Versprechen redlich gehalten, dass wir keine Erhöhung der Zinskreuzer (Gelächter links), keine Erhöhung der Zuschläge vornehmen werden. Meine Herren! Einige Wochen, bevor der Landtag vom Niederösterreich zusammentrat, damit er über die Verfassung von neuen Groß-Wien berathe, haben in Wien nicht weniger als 20 Wählerversammlungen der Gegenpartei stattgefunden, in welchen Versammlungen ausdrücklich gesagt wurde, dass die Schaffung von Groß-Wien nur den Zweck habe, damit unter diesem längst ersehnten Vorwande die liberale Partei Anlehen aufnehmen könne, um die Erhöhung der communalen Abgaben vornehmen zu können. Meine Herren! Diese Voraussage, welche in 20 Versammlungen stattgefunden hat, ist, wie Sie sehen, nicht eingetroffen, weil nur das damals bereits ausdrücklich vorhergesagte Wasseranlehen aufgenommen wurde. Obwohl wir drei bis vier Jahre Groß-Wien verwalten, haben wir kein Anlehen aufzunehmen gebraucht für andere als Wasserzwecke. Wir waren demnach in der glücklichen Lage, die Steuern nicht erhöhen zu müssen und sie in derselben Weise einzuheben, in der sie vor drei bis vier Jahren eingehoben worden sind. Dies, meine sehr geehrten Herren, ist der Erfolg einer geordneten guten Wirtschaft, welche sich auch darin manifestiert hat, dass unser Anlehen im Laufe dieses Jahres unter günstigen Verhältnissen angebracht wurde. Von allen Seiten, auch von der Gegenseite musste damals anerkannt werden, dass der Credit der Stadt ein guter, ein vortrefflicher ist, und dass die Stadt Wien auch verdiene, ein Anlehen zu einem günstigen Course aufzunehmen. Das war, wenn ich mich so ausdrücke, so förmlich der Stempel auf unser Wirken in den letzten Jahren.

Wir können mit diesem Urtheile der öffentlichen Meinung vollständig zufrieden sein; das gewährt uns die Befriedigung, dass wir unsere Pflicht gegen unsere Mitbürger geübt haben. Das, meine Herren, ist das Ergebnis der drei- bis vierjährigen — wenn Sie wollen — Herrschaft dieser Partei auf communalem Gebiete. Wir haben keinen Grund, deswegen zu erröthen, wir können das Urtheil der Geschichte ruhig auf uns nehmen, und wie immer die Wahlen in den nächsten Jahren ausfallen mögen, was niemand in der Hand hat, so können wir auf das, was geschehen ist, mit voller Befriedigung zurückblicken. Diese Worte wollte ich nur gesagt haben, weil gerade in der heutigen Sitzung wir, die wir die Stadt verwaltet haben, heftigen Angriffen ausgesetzt waren. Die öffentliche Meinung hat uns rechtgegeben in der Art, wie wir die Stadt verwaltet haben. Das ist es, was wir mit Befriedigung aus diesem Jahre in das nächste hinübernehmen können. (Beifall.)

Bürgermeister: Das Wort hat der Generalredner contra Herr Gem.-Rath Dr. Lueger:

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Herr Bürgermeister hat heute gesagt, dass er sehr viel Geduld besitze. Ich muss sagen, ich besitze noch mehr Geduld und alle Mitglieder meiner Partei besitzen noch viel mehr Geduld als der Herr Bürgermeister, wenn sie eine Rede wie diejenige, welche wir soeben vernommen haben, ruhig anhören konnten. Es heißt ja schon wirklich das Gegentheil von dem sagen, was die ganze Welt weiß, was der Herr Vorredner geleistet hat. Es ist wie bisher nur in den Zeitungen vorgekommen, dass so das reine Gegentheil der Wahrheit geschrieben wird, und heute habe ich gehört, dass es auch bei den Sprechern möglich ist, das reine Gegentheil der Wahrheit zu sagen. Wissen Sie, was der Herr Vorredner unter anderem gesagt hat? Er hat gesagt, dass Sie, meine Herren, die liberale Partei — vielleicht meint er auch den Statthalter damit und vielleicht noch andere Leute — ihre Versprechungen redlich erfüllt haben. Mein Gott, Sie haben ja gar nichts erfüllt, gar nichts, daher können Sie auch nichts redlich erfüllt haben, im Gegentheile ich nehme ja zu Ihrer — wie soll ich sagen — Selbstrettung an, dass Sie selber im guten Glauben befangen gewesen sind und durch die Ihnen vorgehaltenen Versprechungen irregeführt wurden, als Sie diese berühmte Vorlage über die Vereinigung der Vororte erledigt haben. Das gerade Gegentheil von dem, was Sie versprochen haben, ist geschehen. Die Verhältnisse in den Vororten sind viel schlechter geworden. Fragen Sie doch die Approvisionierungsgewerbe, fragen Sie doch, wie es den einzelnen geht, zum Beispiel die Wirtsleute, wie sie einer nach dem anderen ihr Geschäft zusperren müssen. Erkundigen Sie sich doch bei Ihren Parteigenossen, und Sie werden keinen einzigen finden, der Ihnen sagen wird, dass es besser wurde, im Gegentheile, es wird Ihnen jeder bestätigen, dass es um vieles schlechter geworden ist, als es früher, vor der Vereinigung der Vororte war.

Meine Herren! Es grenzt geradezu ans Unglaubliche, wenn man den Herrn Vorredner versichern hört, dass die Steuern nicht erhöht worden sind. Ja, haben denn die geehrten Herren nicht für die Verzehrungssteuer gestimmt? Haben Sie nicht für den Bierkreuzer gestimmt? Wenn Sie — wie soll ich mich parlamentarisch ausdrücken? — so unverfroren die Unwahrheit sagen, so muss man Sie doch auf etwas allgemein bekanntes aufmerksam machen. Den Bierkreuzer scheinen Sie zu vergessen, ebenso auch die anderen Erhöhungen der Gebüren, z. B. der Schlachthausgebüren. Sie scheinen auch zu vergessen, dass Sie es gewesen sind, wegen welcher jetzt der arme Arbeiter, beziehungsweise die Genossenschaft einen Gulden täglich im Spitale bezahlen muss. Wo Sie nur hingegriffen haben, haben Sie erhöht, meine sehr verehrten Herren, und dass Sie bisher noch nicht auf den Zinskreuzer gegriffen haben — die Umlagen

auf die Erwerbsteuer haben Sie ja auch erhöht; das habe ich Ihnen damals ausgerechnet — das verdanken Sie nur der furchtbaren Angst, die Sie vor uns haben. Sie zittern ja vor uns. (Gelächter. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Sie lachen, Herr Freimaurer!)

Bürgermeister: Herr Dr. Geßmann, beruhigen Sie sich doch! (Gem.-Rath Gregorig: Freimaurer gehören nicht herein!) Aber, man stört doch nicht die Verhandlung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Sie fürchten ja, sich es mit den Hausherren zu verderben, und darum, meine Herren, haben Sie die Zinskreuzer noch nicht erhöht, und wenn Sie kein weiteres Anlehen gemacht haben, so ist dies auch nicht Ihr freier Wille, denn, wenn die Opposition nicht da wäre, so machten Sie ja Schulden auf Schulden. Das sind Sie ja schon gewohnt — das haben Sie ja im Griffe, aber wir sind da, und wir würden ja zu viel Spectakel machen, und die Bevölkerung und selbst ihre Wähler würden sich über Ihren Wert oder Unwert ein vollständig klares Urtheil bilden können. Die reine Angst ist es also, die Sie hindert, Schulden zu machen — sonst gar nichts. Wenn Sie so thäten, wie Sie wollen, so wäre das alles geschehen — wie Sie es verwendet hätten, meine Herren, das weiß ich nicht, darüber steht mir auch kein Urtheil zu, meine sehr verehrten Herren!

Aber gehen wir zu etwas anderem über. Sehen Sie — die Abstimmung über den heutigen Gegenstand ist, wie ich auch im Stadtrathe heute erklärt habe, Vertrauensfrage. Ich habe auch im Stadtrathe dagegen gestimmt und stimme auch heute hier dagegen, aber nicht aus Opposition gegen den Herrn Bürgermeister — das habe ich im Stadtrathe gesagt und wiederhole es auch hier — sondern aus Opposition, meine Herren, gegen die liberale Partei. Die liberale Partei besteht aus Führern und aus Geführten. Meine Herren, mit den Geführten will ich ja nicht rechten; ich weiß, es sind sehr gute, harmlose Menschen, die ich persönlich außerordentlich gerne habe, aber, meine Herren, die Führer — das ist eine gefährliche Sorte, und mit diesen Führern muss der Krieg unerbittlich zu Ende geführt werden, mit jenen Führern, die z. B. solche Dinge dulden, wie sie heute geschehen sind, mit jenen Führern, welche es dulden, dass Männer als Schriftführer gewählt werden, welche nicht zählen können, mit diesen Führern muss abgerechnet werden. Gegen diese Führer muss ein unerbittlicher Kampf geführt werden, entweder, oder, und deswegen stimme ich dagegen, weil nicht der Bürgermeister — der ist ja ein guter Mensch, er muss ja mit Ihnen halten . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Aber ich bitte, Herr Dr. Lueger!

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ich rede ja Ihnen zugute! (Heiterkeit) — aber diese Majorität, diese brutale Majorität muss endlich einmal vernichtet werden. Sie muss in ihre Bestandtheile aufgelöst werden, und die Geführten müssen endlich zur Überzeugung kommen, dass die Führer eigentlich nichts anderes sind, als Egoisten, dass die Geführten nicht vielleicht mit der Kraft des Verstandes — ja, doch auch — nicht mit einer anderen Macht geführt werden, sondern dass die Geführten von den Führern bei der Nase geführt werden, und wenn Sie einmal zu dieser Überzeugung gelangt sein werden, dann, meine Herren, dann werden auch nicht mehr solche Scenen vorkommen, dann werden Sie mit Ihren Führern aufräumen, mit Ihren Führern brechen, dann wird endlich einmal Friede hier einkehren, auch die gute Verwaltung, dann werden Sie der Minorität das geben, was der Minorität gebürt. Jetzt aber machen Sie es so, dass Sie der Minorität ihr parlamentarisches Recht in der unerhörtesten Weise vorenthalten.

Meine Herren! Sie haben durch Ihren Obmann mir mittheilen lassen, dass Sie uns einzelne Stellen einräumen wollen in der Budget-Commission, dann eine Stelle in den Ausschuss für die Kaiser Franz Josef-Stiftung, eine Stelle (Rufe links: Das ist Ironie!) und weiters wollen Sie das Recht der Recusation vorbehalten, d. h. das Recht, diejenigen auszuschließen, die Ihnen nicht genehm sind. Das ist die größte Beleidigung, die man einer Partei nur zufügen kann, und trotzdem haben Sie es in Ihrem Club beschlossen, und da wollen Sie von uns Entgegenkommen verlangen, da wollen Sie verlangen, dass wir uns auf einmal wie Lämmchen benehmen und uns von Ihnen aufzehren lassen? Nein, Sie sind gewiss ein Wolf, das will ich Ihnen nicht in Abrede stellen, aber wir sind keine Lämmchen. Uns werden Sie nicht sobald los werden, ich versichere Sie. Wir werden im Gegentheile auch dem Gemeinderathswolfe mit der Zeit die Zähne ausbrechen, so wie gestern und heute dem Landtagswolfe die Zähne theilweise schon ausgebrochen sind. Es wird auch hier kommen. Gewalt natürlich wird es geben, denn friedlich geben Sie nie etwas auf; friedlich gewähren Sie einem anderen nie einen Funken Recht. Sie haben überhaupt gar kein Gefühl davon, dass andere ein Recht besitzen können und daher die Behandlung, die Sie uns angedeihen lassen; daher die Verweigerung des parlamentarischen Rechtes, das wir zu fordern vollen Anspruch haben, daher Ihr ganzes Benehmen uns gegenüber, daher die Inschutznahme solcher Vorkommnisse, wie sie sich heute gezeigt haben. Wenn Sie wüssten, wie wichtig es ist, dass die Abstimmungen genau vorgenommen werden, würden Sie mit uns sich einstimmig erhoben haben, um den Schriftführer dort zu zwingen, sein Mandat endlich einmal niederzulegen; das würden Sie gethan haben, aber jeder Appell an Sie in der Beziehung ist vergebens. Weil Sie sehen, wir sind aufgeregt, justament, er muss bleiben; er selbst hat das Gefühl gehabt, dass es bei der Handlungsweise zweckmäßig wäre, abzutreten. Friedjung und Rechansky haben ihn hinaufgedrängt . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr Dr. Lueger; ich habe auch den Schriftführer Dehm ersucht und bin in ihn gedrungen und habe darauf bestanden, dass er auf seinem Sitze bleibe, weil es das nie und nimmer geben wird, dass durch einen solchen Terrorismus irgendjemand in dieser Versammlung beeinflusst wird. Ich möchte Sie bitten, Herr Gemeinderath, verlassen Sie dieses persönliche Gebiet, das gehört gewiss nicht zum Gegenstande, der in Verhandlung steht, und nachdem Sie selbst bereits früher in ausführlicher Weise über diesen Gegenstand gesprochen, nachdem alle Ihre Collegen sich ausführlich darüber geäußert haben, möchte ich Sie dringendst bitten, endlich diesen Gegenstand zu verlassen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Nun, meine Herren, man kann und muss über diesen Vorfall sprechen, man kann und muss ruhig darüber sprechen und ich erkläre aufrichtig, dass, wenn ich Vorsitzender wäre und wenn mir ein Schriftführer so etwas anthun möchte, wie es heute dem Herrn Vorsitzenden geschehen ist, ich nicht ruhig bleiben könnte. Es muss darüber gesprochen werden. Er selbst hat das Gefühl gehabt, er ist hinuntergestiegen, er hat das Gefühl gehabt: ich kann hier nicht mehr Schriftführer sein. (Rufe rechts: Oho!) Aber die Herren Dr. Rechansky, Fried-

jung und noch einige Herren, die ich nicht benennen will, waren es, die den Scandal verlängert, ihn förmlich mit Gewalt hinaufgedrängt haben. Das darf nicht geschehen, wenn jemand so etwas gethan hat, wie Dehm, so muss er dafür büßen (Gelächter rechts); es ist recht so! (Lebhafte Unruhe.)

Nun, meine Herren, habe ich Ihnen auseinandergesetzt, warum wir Ihnen nicht im geringsten Vertrauen entgegenbringen können. Wenn Sie glauben, dass die Majorität der Bevölkerung mit Ihnen einverstanden ist, so mögen Sie es thun. Vielleicht die Majorität der liberalen Zeitungen werden mit Ihnen einverstanden sein. (Rufe links: Sie sind unfähig!) Dass Sie unfähig sind, sagt jeder. Es ist doch auch eigenthümlich, dass heute keiner Ihrer sonstigen Führer gesprochen hat. Wen haben Sie sich als Generalredner für das Budget ausgesucht? Einen Zeitungsschreiber!

Bürgermeister: Darf ich bitten, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger? Ich begreife Sie nicht, wie Sie sich über die bürgerliche Stellung eines Mitgliedes der Versammlung in einer solchen Weise hermachen können. Was würden Sie sagen ... (Gem.-Rath Gregorig: Was hat der Dr. Stern mir gesagt!) ... Jetzt haben Sie nicht das Wort. Was würden Sie sagen, wenn es ein Mitglied dieser Seite (rechts) unternehmen würde, jemanden wegen seines Berufes lächerlich zu machen oder anzugreifen. So viel Gerechtigkeitsgefühl müssen auch Sie haben, um einzusehen, dass das nicht zuläsig ist. (Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich rechne es Ihrer Aufgeregtheit zugute, Sie sind schon nervös, dass Sie mich jetzt unterbrechen. Es war hiezu auch nicht die geringste Veranlassung. Ich habe es als ein Charakteristikon der gegnerischen Partei hervorgehoben, dass ein Zeitungsschreiber der Generalredner ihrer Partei ist. Ich hätte noch etwas sagen können, dann hätten Sie das Recht gehabt, mich zu unterbrechen. Das kann sich aber ohnehin jeder denken. (Heiterkeit links.)

Nun, meine Herren, ich stimme aber auch deshalb gegen die Anträge des Stadtrathes, weil sie, wie ich auch im Stadtrathe gesagt habe, in eclatanter Weise das Statut verletzen. Das Statut schreibt vor, dass das Budget genau durchberathen werde. Das Statut kennt nicht eine Pauschalermächtigung des Stadtrathes, sondern es kennt nur ein durchberathenes und beschlossenes Budget.

Eine solche Generalvollmacht, wie sie dem Stadtrathe ertheilt wird, kennt das Statut nicht, eine solche Vollmacht ist eine eclatante Verletzung des Statutes. Sie werden nun sagen, wenn das richtig ist, was der Dr. Lueger sagt, so würde ja der Statthalter von Niederösterreich eingreifen. (Gem.-Rath Dr. Kupka: O je, er thut es ja selbst!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Kupka, ich rufe Sie zur Ordnung!

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Statthalter von Niederösterreich — das habe ich erfahren — weiß nie, was recht ist.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, ich muss Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung rufen. Ich begreife nicht, wie Sie überhaupt gegen einen kaiserlichen Functionär eine derartige Beschuldigung aussprechen können. Ich begreife das absolut nicht. Wie können Sie nur von einem kaiserlichen Functionär behaupten, er weiß nicht, was recht ist. Es ist die größte Beschimpfung, die man jemandem anthun kann. Ich muss Sie deshalb zur Ordnung rufen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Herr Bürgermeister, ich beschimpfe nicht. Wenn man etwas als Schimpf erklärt, was kein Schimpf ist, sondern eine Schilderung des Zustandes, von dem jemand überzeugt ist, so ist das etwas, was ich nicht näher bezeichnen will. Herr Bürgermeister, es heißt das, jenem Manne sagen, du bist beschimpft worden, jetzt gehe zu Gericht, und das soll der Bürgermeister einem Mitgliede des Gemeinderathes gegenüber nicht thun.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, das kommt ganz auf Sie an. Ich werde Sie nicht unterbrechen, wenn es Ihnen irgend möglich ist, die Grenzen der Redefreiheit einzuhalten. Mir ist es nicht angenehm, fort und fort zu unterbrechen. Sie wissen aber sehr gut, wenn Sie wollen, wie Sie sprechen sollen, und ich bitte Sie also, derlei Ausdrücke zu unterlassen, von denen Sie selbst sagen müssen, dass ich sie nicht zugeben kann und darf.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Ich habe wiederholt die Erfahrung gemacht, dass der Statthalter von Niederösterreich das Gesetz nicht kennt, dass er in vielen Fällen so entschieden hat, wie es mit dem Gesetze nicht vereinbar ist, und meine Herren, das thut nicht bloß er, das thun auch andere, welche damit zu thun haben, das geschieht auch hier, und eine Verwaltung, welche noch nie das Gesetz zu beobachten in der Lage war, eine solche Verwaltung darf nicht so stolz sein und von einem anderen verlangen, dass er sogar darüber schweigen soll, wenn das Gesetz verletzt wird! (Beifall links.) Sie haben, was den Rechnungsabschluss und das Budget betrifft, noch nie das Gesetz befolgt, sondern immer verletzt — immer verletzt, meine Herren — und ich erkläre Ihnen, wenn wir Antiliberalen dies thäten, wenn wir die Majorität wären und uns so etwas erlauben würden, so wären wir längst aufgelöst! (Sehr richtig! links.) Aber die Liberalen dürfen das Gesetz übertreten, wie sie wollen! (So ist es! links.) Und wenn die Antiliberalen sagen, ja, was steht dem im Gesetze, so werden sie zur Ordnung gerufen und sofort ausgeschlossen! So steht es in Österreich und in Wien, und Sie können dem nicht widersprechen, Herr Bürgermeister. Es ist so! Ich habe Ihnen gesagt, Sie verletzen das Gesetz, und da ist gesagt worden, ja es wird schon besser werden mit der Zeit. Nun, meine Herren, es wird nicht besser werden! Denn — und das sage ich wieder dem Herrn Bürgermeister — Sie werden, so lange die jetzige Organisation der Gemeindeverwaltung besteht, dem Gesetze nie gerecht werden, nie! Merken Sie sich das, was ich heute Ihnen gesagt habe, nie, weil die gesammte Organisation der Gemeindeverwaltung vom Fuße bis zum Kopfe nichts taugt!

Es ist heute schon vieles über den Stadtrath gesprochen worden; ich habe wiederholt erklärt, dass ich den einzelnen Mitgliedern des Stadtrathes volle Gerechtigkeit widerfahren lasse, und es gibt keinen, der über die Thätigkeit des Stadtrathes in der Beziehung besser urtheilen würde, wie ich. Aber ebenso richtig ist es, dass die ganze Institution des Stadtrathes eine unmögliche ist, meine Herren! Wenn Sie einen anderen Vertreter der Opposition im Stadtrathe hätten, der auf wirklich strenge Befolgung der Geschäftsordnung dringen würde, dann könnten sie nicht einmal mit den gewöhnlichen laufenden Geschäften fertig werden.

Es wird zum Beispiel über Abschreibungen folgendermaßen referiert: „Hier habe ich Abschreibungen im Betrage von" — sagen wir — „30 bis 40 fl.; der Magistrat weist die Uneinbringlichkeit nach." — „„Einverstanden.""

Über Zuständigkeiten wird in folgender Weise referiert: „Hier habe ich 87 Zuständigkeiten" — sagen wir — „aus dem XVII.

oder XVI. Bezirke, es ist von keiner Seite ein Anstand." — „„Angenommen."" (Hört! links.) So wird referiert, meine Herren, es wird bei Abschreibungen von Wassergebüren in der nämlichen Weise verfahren. (Unruhe rechts. — Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!) Unterbrechen Sie mich doch nicht. (Gem.-Rath Purscht ruft dazwischen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Purscht, ich muss Sie zur Ordnung rufen. (Rufe links: Er hat ja nichts gesagt!) Ich bitte, ich habe auch Ohren.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das haben Sie für eine Beleidigung erklärt, wenn man sagt, dass jemand Ohren hat; ich habe gesagt, wenn man menschliche Ohren hat, und da haben Sie mich zur Ordnung gerufen, weil das angeblich eine Beleidigung ist.

Bürgermeister: Nein, nicht deswegen, da irren Sie sich. Ich bitte, aber nun fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): In solcher Weise wird referiert, und ich erkläre Ihnen, es kann gar nicht anders sein, das heißt, es könnte schon, aber jetzt muss es so sein, weil sie sonst absolut nicht fertig werden können. Und jedes Mitglied des Stadtrathes ist von der Wahrheit dessen, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, überzeugt, und wenn Sie mit einem Mitgliede des Stadtrathes Ihrer Partei unter vier Augen sprechen, so wird er Ihnen sagen müssen: Ja, der Dr. Lueger hat recht. Es ist so und kann gar nicht anders sein, weil der Stadtrath eine ganz unmögliche Körperschaft ist. Meine Herren! Er muss beseitigt werden, und wenn Sie mich fragen, ob er auch deswegen beseitigt werden soll, weil er bezahlt ist, so erkläre ich Ihnen: Auch deswegen. Ich habe es bereits einmal hier gesagt und wiederhole es Ihnen: Bezahlte Stellen corrumpieren jede Partei. Sie corrumpieren Ihre Partei, sie würden auch meine Partei corrumpieren. Sie corrumpieren jede Partei (So ist es! links), weil an die Stelle der ethischen Thätigkeit das Drängen nach Erwerb tritt, und das ist ein Unglück für jede parlamentarische Körperschaft. Mein Kampf gegen die jetzige Organisation der Gemeinde wird fortdauern, bis die Organisation geändert ist, und sie muss geändert werden. Die größte Aufgabe, die ein Bürgermeister der Stadt Wien vollziehen könnte, wäre die, dass endlich einmal das jetzt bestehende Statut, das ein reines Kampfstatut ist, rein gegen uns geschrieben (So ist es! links), verfasst von einem unserer tödtlichsten Feinde, der uns gehasst hat, wie man nicht bald hassen kann, in gerechter Weise abgeändert werde.

Es ist wahr, meine Herren! Die Heimlichkeit des Stadtrathes ist schuld, dass viel darüber gesprochen wird. Das können Sie nicht vermeiden, das ist ganz und gar unmöglich. Das ist das schwerste Unrecht, dass nicht einmal ein Mitglied des Gemeinderathes zuhören darf, was im Stadtrathe vorgeht. Früher in den Sectionen war es anders. In den Sectionen konnte jedes Mitglied des Gemeinderathes zuhören. Da konnte auch jedes Mitglied des Gemeinderathes etwas lernen. Jetzt, meine Herren von der Majorität, an Sie selbst richte ich meine Worte, und wenn Sie nicht zur alten Zeit Mitglieder des Gemeinderathes gewesen sind, Sie können gar nicht die eigentliche Gebarung der Gemeinde Wien kennen lernen. Es ist eine Unmöglichkeit, und ein Statut, welches den weitaus größten Theil der Mitglieder einer Körperschaft von der Verwaltung systematisch ausschließt, ja welches diesen Mitgliedern des Gemeinderathes gegenüber, ich könnte sagen die Verdächtigung ausspricht, dass sie nicht einmal würdig sind, der Berathung des Stadtrathes zuzuhören, ein solches Statut ist nichts nutz, es muss geändert werden (So ist es! links) und es muss eine andere Verwaltung eingeführt werden.

Nun ist sich besonders über eine Bemerkung meines Nachbars bezüglich eines Oberlehrers aufgehalten worden. Sie erlauben, dass ich kurz die Sache streife.

Bürgermeister: Aber, Herr Gemeinderath! (Unruhe und Zwischenrufe links. Gem.-Rath Gregorig: Das ist den Herren sehr unangenehm!) Die Bedeckung pro 1895 ist Gegenstand der Verhandlung. (Gem.-Rath Gregorig: Da muss etwas dahinter sein!) Es ist mir persönlich ganz gleichgiltig, ob die Sache vorkommt oder nicht, aber ich frage den Herrn Redner: Glaubt er, dass die Sache zum Gegenstande gehört?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn Sie nicht wollen, dass ich rede, so hätten Sie die Sitzung schließen können. Wenn die Herren da bleiben wollen, werde ich meine Rede vollenden. Ich glaube, die Herren müssen stark genug sein, wenigstens zu sitzen; Sie brauchen bloß zuzuhören. Ich muss ja reden und schwitzen, Sie hören und sitzen; das ist doch eine bequemere Arbeit, als die, die ich zu vollziehen habe.

Ich war gelegentlich der Berathung dieses Gegenstandes nicht im Stadtrathe, weil ich einer Sitzung des Abgeordnetenhauses anwohnen musste. Aber, meine Herren, wenn Sie bezüglich der Ernennungen, speciell der Oberlehrer, gar so empfindlich sind, so muss ich Ihnen schon sagen, dass bei den Beförderungen zum Oberlehrer von einem Principe gar nicht gesprochen werden kann. (Hört! Hört! links.) Einmal wird derjenige genommen, der am längsten dient, dann wird wieder derjenige genommen, der zufälligerweise Provisor ist; dann wird wiederum ein Dritter genommen, der vielleicht irgendwo ein Jahr mehr Studien gehabt hat, kurz und gut — Sie verzeihen, dass ich es Ihnen sage: Ich weiß überall, warum Sie es thun. Das ist mir nie unbekannt. Sie können eben nicht aus Ihrer Haut heraus, Sie müssen das thun, denn darauf beruht Ihre Macht in den Wählerkreisen, und darum seien Sie nicht so empfindlich! Meine Herren! Wenn Sie das vermeiden wollen, so machen Sie die Sitzungen öffentlich und wirken Sie dahin, dass auch die Qualificationstabellen veröffentlicht werden. Sind sie ja doch beim Militär öffentlich, und kann sie jeder einsehen, warum soll es nicht hier sein? Meine Herren! Sie reden immer davon, thun es aber nicht!

Ich erkläre weiters: Ich habe mich nie als Tugendwächter des Stadtrathes aufgefasst; ich würde auch höflichst dagegen protestieren. Ich erfülle im Stadtrathe einfach meine Pflicht und nichts anderes und ich berichte auch in den Wählerversammlungen dasjenige, was vollständig der Wahrheit entspricht.

Der Herr Vorredner hat da auf Deutschland und auf Berlin hingewiesen. Meine Herren! Es ist mir geradezu unverständlich, wie ein Mitglied der liberalen Partei im Wiener Gemeinderathe auf Berlin hinweisen kann oder auf Deutschland. Das ist mir unverständlich, wenn man weiß, welche Einnahmen Berlin besitzt. Jetzt werden wieder einige sagen: Das sind alte Geschichten. Wenn man weiß, welche Einnahmen Berlin aus den städtischen Gaswerken bezieht, wenn man weiß, was in Berlin zum Beispiel die dortigen Tramway-Gesellschaften bezahlen. Wenn man weiß . . . (Gem.-Rath Jedlička: Was der Bürgermeister dort kriegt!) Wenn man weiß, dass in Wien die Herrschaft der englischen Gasgesellschaft förmlich künstlich aufrecht erhalten wurde, wenn man weiß, dass die gesammte Polizei aufgeboten wurde, um die Straßen um das Rathhaus zu säubern, als der Tramway-Vertrag berathen

wurde, wenn man weiß, dass damals in das Rathhaus hier Polizei hereinberufen wurde, um die Minorität eventuell polizeilich zu maßregeln (Hört! Hört!) — so muss man sagen: dieses Mitglied der Majorität des Wiener Gemeinderathes muss ja gar nicht wissen, was vorgegangen ist. Gerade der Hinweis auf Berlin ist die schwerste Anklage, die sich gegen Ihr früheres, theilweise auch gegen Ihr jetziges Regime erhebt, sie trifft Sie geradezu vernichtend. Sie waren es, welche die Stadt Wien den Engländern ausgeliefert haben, Sie waren es, welche die Stadt Wien der Tramway, beziehungsweise dem Reitzes ausgeliefert haben (Beifall links), Sie waren es, meine Herren, die bei jeder Gelegenheit dahin gewirkt haben, dass eventuell die sogenannten capitalistischen Gesellschaften rechtbehalten und wenn wir Sie gelegentlich der Frage der Straßensäuberung in der Inneren Stadt nicht mit solchem Geschicke überrumpelt hätten, würde auch jetzt noch die Transport-Gesellschaft in der Inneren Stadt herrschen; Ihr eigentlicher Führer, der Herr Noske, war wenigstens dafür. (Rufe links: Ja, der Noske!) Ein Mitglied einer solchen Majorität wagt es, in declamatorischem Tone auf Berlin hinzuweisen und zu sagen: Ah, die schöne Stadt! Ja, warum haben Sie das nicht gemacht, was die Herren in Berlin gemacht haben? Warum haben Sie sich nie dieses Beispiel genommen? Warum weisen Sie jetzt erst darauf hin? Es war auch früher schon um vieles besser, wie es der unmittelbare Herr Vorredner jetzt sagt. Und dann bezüglich Deutschlands. (Gem.-Rath Stehlik: Schande und Spott!)

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gem.-Rath Stehlik. (Gem.-Rath Stehlik: Die Vergleiche anzustellen. — Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Bezüglich Deutschlands hat er die Steuerreform gemeint. Ja, meine Herren, wenn man das Vorgehen der Regierung bezüglich der Steuerreform kennt, so muss man wirklich sagen, es gehört viel Muth dazu, dieselbe hier im Wiener Gemeinderathe zu loben.

Meine Herren! Es gibt eine Partie, die darauf berechnet ist, den unteren Classen zu helfen, aber dann gibt es eine Partie, die darauf berechnet ist, die Verwaltung einer Stadt, wie Wien, beinahe unmöglich zu machen. Es gibt eine Partie, welche der Gemeinde Wien die wichtigsten Einnahmen entzieht, und der Herr Vorredner schwärmt so von der Steuerreform! Meine Herren! Wenn sie kommen wird, wenn alles Unglück eingetreten sein wird, dann wird ein anderer Collega, der hie und da bärbeißig ist, aufstehen und sagen: Gegen das Ministerium muss Front gemacht werden, es sollen alle Vertreter zusammengehen, um gegen dieses Ministerium zu wirken, und jetzt, meine Herren, lobt der Herr Vorredner die Steuerreform! Es gehört wirklich viel Muth dazu, in einer solchen Weise hier aufzutreten, es gehört dazu nur die Überzeugung, dass gar kein Mitglied der Majorität weiß, was in der Vorlage der Regierung bezüglich der Steuerreform steht; denn sonst könnte kein Mitglied der Majorität ein solches Wagnis unternehmen und ein Loblied für diese Vorlage hier im Gemeinderathe singen.

Das, meine Herren, thut ein Mitglied einer Partei, welche bisher immer nur die indirecten Steuern erhöht und gepflegt hat und infolgedessen die Arbeiterbesteuerung außerordentlich gepflegt und gehegt hat, und welche auch jetzt im Parlamente mit dem Brantweinmonopol schwanger geht und dadurch gewisse andere Ausgaben decken will; ein Mitglied einer Partei, die hier im Wiener Gemeinderathe, wie ich bereits angeführt habe, eigentlich nur die indirecten Steuern eingerichtet, die eigentlich nur die Arbeiter belasten, die Vierkreuzer eingeführt hat, und die selbst den Antrag, zwischen Lagerbier und Abzugbier zu unterscheiden, rücksichtslos zurückgewiesen hat, weil sie gesagt hat, auch wer Abzugbier trinkt, soll, den Kreuzer zahlen so wie der Reiche, der Lagerbier trinkt.

Und eine solche Partei wagt es, durch Sprecher im declamatorischen Tone (Heiterkeit links) Ihnen hier die Wohlthaten der Steuerreform vorzusingen.

Ja, meine Herren, so reden, das ist leicht, aber handeln Sie doch gefälligst darnach oder hätten Sie so gehandelt, und hätten Sie das Volk nicht so bedrückt, wie Sie es in Wahrheit bedrückt haben.

Meine Herren! Weiters hat er von der Uneinigkeit gesprochen, die bei uns herrscht. Ja, meine Herren, wenn man sich nicht alles ruhig gefallen läßt, was die Herren drüben uns bieten, dann ist man uneinig. Ja, natürlich, wenn wir uns knechten ließen, wenn wir uns drücken ließen, wenn wir jede Beleidigung ruhig entgegennehmen würden, wenn wir eine Deputation zum Herrn Schriftführer Dehm schicken und sagen würden: Wir bitten Sie, in Hinkunft zählen Sie nur drei von uns für einen — nicht zwei — ah, dann wären wir natürlich einig, dann wären wir eine gute Partei.

Weil wir aber unser Recht vertreten, und weil wir uns von Ihnen nichts gefallen lassen, nichts gefallen lassen werden — ah, dann sind wir Krakeeler.

Die Bevölkerung draußen weiß schon, wie viel es geschlagen hat; sie weiß schon, warum Sie uns nicht in den Bezirksschulrath hineinlassen. In jeder Wählerversammlung habe ich mein amtliches Document mit und lese die Qualification des Bezirksschulrathes vor.

Ich kläre schon die Bevölkerung auf, was da vorgeht, und die Bevölkerung ist klug genug, sich ein Urtheil über diese unerhörten Vorgänge zu bilden. Die Bevölkerung weiß, warum keiner von uns als Schriftführer oben sitzt; glauben Sie nicht, dass sie so dumm ist und das nicht weiß.

Sie wissen es, warum Sie keinen von uns hinaufschicken, wir wissen es, warum Sie keinen von uns hinaufschicken, die Bevölkerung weiß es aber auch. Ich sage es natürlich hier nicht, denn, wenn ich das thäte, so würde ich ausgeschlossen werden; aber nachdem Sie es alle wissen, nachdem es die ganze Welt weiß, so ist es ja gar nicht nothwendig, es zu sagen.

Und dann spricht der Herr Vorredner von Achtung, die wir in der Bevölkerung genießen sollen. Meine Herren! Halten Sie das Recht hoch, pflegen Sie das Recht, thun Sie niemand unrecht, dann werden Sie die Achtung von allen Seiten haben. Solange Sie aber nichts anderes thun als Unrecht, nichts anderes thun, als andere bedrücken, können Sie auch keine Achtung genießen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich muss den Herrn Redner aufmerksam machen, dass das nicht zulässig ist. (Widerspruch links.) Ich bitte, Herr Dr. Friedjung hat sich in einer ganz anderen Weise ausgesprochen, jedenfalls in einer solchen, welche die Versammlung nicht verletzt hat. Es ist aber eine Verletzung, zu sagen, die Versammlung genießt keine Achtung, weil sie das Recht verletzt. Das ist gerade das Gegentheil von dem, was Dr. Friedjung gesagt hat.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Erlauben Sie mir, Ihnen ein Stücklein zu erzählen, warum man keinen Respect hat — sagen wir vor dem Gemeinderathe. Meine Herren! Es besteht

eine Commission für Verkehrsanlagen in Wien. In dieser Commission sind Mitglieder des niederösterreichischen Landtages, sie vertreten die Landescurien; es sind Mitglieder der des Wiener Gemeinderathes und sie vertreten die Curie der Gemeinde Wien. (Rufe links: O weh!) Meine Herren! Da ist nun Folgendes geschehen. Ich rede von den einzelnen Personen nicht, obwohl ich auch da reden könnte.

Im Anfange des Sommers dieses Jahres war es, dass die Regierung selbst einen Antrag eingebracht hat, das Programm der Eisenbahnlinien zu ändern, die Donaustadtlinie aufzulassen und dafür die Gürtellinie an die Wienthallinie anzuschließen und die Vorortelinie bis Penzing durchzuführen. Meine Herren! Damals haben die Vertreter der Gemeinde Wien mit Recht erklärt: wir müssen zuerst unsere Mandanten fragen. Der Minister — er war persönlich anwesend — war auf das höchste entrüstet, die Herren waren aber stark genug und haben es durchgesetzt. Der Minister hat gemeint, es wird nicht lange dauern, in einer Woche ist es geschehen. In einer Woche war es wirklich geschehen. St.-R. Wurm war, glaube ich, Referent.

Meine Herren! Seit der Zeit — und jetzt geben Sie wohl acht — ist über diese Änderung des Programmes nicht abgestimmt worden trotz wiederholter Urgenzen. (Hört! links.) Ja, man ist so weit gegangen, in das Budget pro 1895 einen Betrag von über 500.000 fl. für die Donaustadtlinie einzustellen (Hört! links), und wissen Sie, wer sich dort wehrt? Das muss erzählt werden, das ist interessant. (Bürgermeister: Erzählen Sie! — Heiterkeit.) Es ist zwar Selbstlob und man soll es nicht thun, aber ich wehre mich und ich fürchte mich auch vor dem Minister nicht; aber die anderen Herren gehen so zaghaft um, so zaghaft, so ängstlich, die zittern förmlich, wenn der Blick Seiner Excellenz sie trifft; deswegen hat man keinen Respect. Wenn da drin in der Commission für Verkehrsanlagen alle Mitglieder, welche die Gemeinde Wien vertreten, alle Mitglieder, welche das Land vertreten, mit aller Entschiedenheit auftreten und endlich einmal sagen würden: „Minister, so geht es nicht weiter", ah, dann wird der Minister nachgeben und er wird Respect vor uns haben; aber weil er sieht, dass alle wie arme Hascher zusammenfahren, deshalb hat er keinen Respect, weil er sieht, dass über alles, was vorgelegt wird, widerspruchslos referiert wird.

Wenn er sieht, dass ein Mitglied des Wiener Gemeinderathes eine Trace gutheißt, bei deren Durchführung der Viaduct über die Linzer Poststraße nur 4·5 m hoch ist (Hört! links) und noch dazu eine Sutte gemacht werden muss — er ist ein Ingenieur — wenn ein Minister sieht, dass in solcher Weise alles blindlings entgegengenommen wird, was vorgelegt wird, und nur hie und da einer die Zähne zeigt, dann hat er keinen Respect. Ich erkläre Ihnen, die Hauptaufgabe, die Sie haben, ist das, was ich Ihnen schon einmal gesagt habe: Bessern Sie sich, gehen Sie in sich und erwecken Sie Reue und Leid über die Sünden, die Sie nicht bloß uns gegenüber, sondern gegenüber der Bevölkerung begangen haben.

Wenn Sie das wirklich in entsprechender Weise thun, wenn Sie sich angewöhnen, die Rechte der Gemeinde mit aller Entschiedenheit und Energie zu vertreten, wenn Sie endlich einmal das Allgemeine über Ihre kleinlichen Parteirücksichten setzen, wenn Sie endlich es einmal dahin bringen, dass Sie sich nicht allein als Mitglieder der Fortschrittspartei, sondern als Gemeinderäthe der Stadt Wien fühlen, dann ist es vielleicht möglich, dass aus Ihnen etwas wird. (Heiterkeit links.) Wenn Sie sich aber weiterhin von Ihren Führern zum besten halten lassen, dann, meine Herren, ist Taufe und Chrisam rettungslos verloren, und weil wir das letztere glauben, darum stimmen wir gegen das Budget. (Beifall links.)

Referent (zum Schlussworte): Als ich an den Referententisch trat, habe ich mir wohl gedacht, dass es zum Schlusse des Jahres ein kleines Feuerwerk geben wird. Dass aber der Brand eine solche Dimension annehmen wird, habe ich mir nicht gedacht, namentlich nicht, nachdem es nach mehrseitig geäußerten Wünschen hoch an der Zeit wäre, dass der Gemeinderath einträchtig vorgeht. Das Jahr, welches wir schließen, zeigt das nicht, vielleicht wird es im nächsten Jahre besser. Bei der vorgerückten Stunde kann nicht verlangt werden, dass ich auf die vielen Einwendungen, die wir schon ein-, zwei- oder dreidutzendmal gehört haben, erwidern soll. Aber auf eines muss ich erwidern, weil es mich selbst betrifft.

Es ist erwähnt worden, dass die Versprechungen, welche seinerzeit bei der Vereinigung der Vororte gemacht wurden, nicht eingehalten worden sind u. s. w., und weil ich selbst einer von den Schuldigen bin, welche sowohl hier als im Landtage gewisse Behauptungen aufgestellt haben, so bitte ich mir zu gestatten, darauf zu reagieren. Es wurden seit der Einverleibung der Vororte weder die Zinskreuzer erhöht noch die Steuer im allgemeinen. Dass eine gewisse Gleichstellung stattfinden musste, dass z. B. die 30 Percent Zuschläge zur Hauszinssteuer herabgesetzt wurden, während man die Zuschläge zur Erwerbsteuer hinaufgesetzt hat, ist in der Weise geschehen, dass das Resultat nicht größer ist, als es früher war. Man kann also nicht sagen, dass eine Erhöhung stattgefunden hat. Und wenn die Vororte sagen, dass man ihnen alles versprochen hat, und es ist nichts geschehen, dann bitte ich Sie, sich nur ein wenig umzusehen. Wie würden unsere Rechnungen stehen, wenn die Einverleibung nicht erfolgt wäre? Viel besser! Die großen Ausgaben, die gemacht wurden, sind großentheils für die Vororte. Ich verweise auf die Einleitung des Wassers, auf den Bau zahlreicher Schulen, das wissen die Herren selbst, auf die Canalisierungen in den Vororten, die Pflasterungen u. s. w. Das kostet alles ein Riesengeld. Nun ist gesagt worden, wir häufen nur Schulden auf Schulden. Was ist die Wahrheit? Wir haben für ganz bestimmte Zwecke, die von Ihnen allen gebilligt werden müssen, ein Anlehen von $17\frac{1}{2}$ Millionen Gulden aufgenommen und diese Summe ist klein gegenüber den Summen, die wir im Laufe der letzten Jahre an unseren alten Schulden aus unseren eigenen Einnahmen zurückgezahlt haben. So sieht die Behauptung aus, welche unter die Bevölkerung getragen wird: Wir häufen Schulden auf Schulden. Das ist unrichtig. Wir zahlen Schulden und wir nehmen nur mäßige Anlehen auf und für bestimmt auch von dieser (linken) Seite gebilligte Zwecke. Nun kann doch kein Mensch von uns verlangen, dass wir 17 oder 20 Millionen für solche Institutionen aus unseren Einnahmen bestreiten, und dass wir die gegenwärtige Generation durch die Erhöhung der Steuern belasten. Wir übertragen auch einen Theil auf unsere Nachkommen.

Ich beschränke mich auf diese Erwiderung. Die Herren haben ja doch deutlich gemerkt, wohin diese Rede abzielte.

Ich schließe damit und bitte um Annahme der Anträge. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Geßmann (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige ganz kurz gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung, dass es nicht wahr ist, dass die

Versprechungen, die gemacht wurden, eingehalten wurden. Es ist nicht wahr, dass sich eine Besserung der Verhältnisse gezeigt hat. Sprechen Sie, meine Herren, mit irgendjemandem — ich habe Gelegenheit, mit den verschiedensten Berufskreisen in den Vororten zu sprechen und da höre ich nur ein vernichtendes Urtheil. — Es ist öffentlich und mit aller Entschiedenheit gesagt, dass diese Vereinigung und die Art der Vereinigung geradezu den Ruin für viele Existenzen, die früher aufrecht waren, herbeigeführt hat! Die vorgerückte Zeit hält mich ab, auf eine Reihe von Details und die verschiedenen Unrichtigkeiten in den Ausführungen des Herrn Dr. Friedjung einzugehen, aber das eine muss ich noch constatieren, er hat gesagt, dass die heutigen Vorgänge die Achtung vor dem Gemeinderathe und der Stadtvertretung herabzusetzen geeignet sind; ich berichtige das nicht, ich constatiere vielmehr thatsächlich, dass dies richtig ist, aber dass die Verantwortung hiefür ausschließlich diejenigen trifft, die sich mit solchen Vorgängen identificieren, wie sie in der heutigen Sitzung vorgekommen sind. (Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bringe zuerst zur Abstimmung den Antrag IV. Ich glaube, ich kann ihn in toto zur Abstimmung bringen. a, Post 1 bis 12, und b. (Zustimmung.) Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage IV des Referenten einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die zweifellose Majorität. (Unruhe links.) Werden Zweifel an der Abstimmung ausgesprochen? (Rufe links: O nein!) Punkt IV ist also angenommen.

Punkt III. Behufs Prüfung dieses Voranschlages ist eine Commission von 21 Mitgliedern aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen. Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Die Wahl wird heute nicht mehr vorgenommen.

Beschluss: I. Behufs Prüfung dieses Voranschlages ist eine Commission von 21 Mitgliedern aus dem Plenum des Gemeinderathes einzusetzen.

II. In der Voraussicht, dass die Beschlussfassung über den Hauptvoranschlag der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Jahr 1895 seitens des Gemeinderathes bis zum Schlusse des Jahres 1894 nicht erfolgt sein dürfte, beschließt der Gemeinderath:

a) die Gemeindeumlagen und städtischen Steuern und zwar:

1. die Zinskreuzer im bisherigen Ausmaße von $4^3/_4$ kr. vom Mietzinsgulden;

2. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hauszinssteuer;

3. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Hausclassensteuer;

4. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur 5percentigen Steuer hauszinssteuerfreier Gebäude;

5. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Grundsteuer;

6. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Erwerbsteuer sammt Staatszuschlägen;

7. der städtische Zuschlag von 21 Percent zur l. f. Einkommensteuer sammt Staatszuschlägen;

8. der städtische Zuschlag zur l. f. Verzehrungssteuer und zwar:

α) im Ausmaße von 30 Percent für sämmtliche Artikel des Verzehrungssteuer-Tarifes mit Ausnahme des Bieres,

β) im Ausmaße von 100 Percent für Bier (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58);

9. die communale Abgabe für gebrannte geistige Flüssigkeiten (Landesgesetz vom 19. December 1891, L.-G.-Bl. Nr. 59);

10. die Schulumlage im bisherigen Ausmaße von $4^1/_2$ kr. vom Zinsgulden;

11. die Einquartierungsumlage im Ausmaße wie im Vorjahre von $^1/_{10}$ kr. vom Zinsgulden;

12. die Vorspannsumlage im bisherigen Betrage von 15 kr. für jedes Pferd — sind auch für das Jahr 1895 auszuschreiben und einzuheben.

b) Bis zur Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1895 durch den Gemeinderath, jedoch längstens bis Ende März 1895, sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in diesem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen zu bestreiten.

Bürgermeister: Ich schließe damit, da heute die letzte Sitzung des Gemeinderathes in diesem Jahre ist, indem ich unserer geliebten Vaterstadt Glück und Segen für das Jahr 1895 wünsche. Damit erkläre ich die heutige Sitzung für geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 9 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **14. December 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Rechansky, v. Neumann, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Entschuldigt: St.-R. v. Götz.
Krank: St.-R. Rückauf.
Experten: Magistratsrath Schnitt, Buchhaltungs-Official Erban.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(9896.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Dr. Johann Handler, Conceptspraktikanten, um Zuerkennung eines Adjutums vom 9. März bis 1. April 1894 und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9882.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Rudlof, gewesenen Marktamtsaccessisten, um gnadenweise Abfertigung resp. Gnadengabe und Ausstellung eines Zeugnisses und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9833.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Mathilde v. Sonnenburg, Gattin des gewesenen Kanzlei-Accessisten Otto v. Sonnenburg, um eine Gnadengabe für sich und ihre beiden Kinder und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9949.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Eingabe der Direction des Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasiums, betreffend die Stundung des Schulgeldes, und beantragt, es sei den im Conferenzprotokollsauszuge angeführten 17 Schülern der I. Classe A und B im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 24. September 1890, Z. 5615, die Zahlung des Schulgeldes bis zum Schlusse des I. Semesters 1894/95 zu stunden und zugleich die definitive Befreiung des Schulgeldes für dieses Semester unter der Bedingung auszusprechen, dass das Zeugnis über das I. Semester den gemeinderäthlich normierten Anforderungen bezüglich des allgemeinen Fortganges und der Sitten- und Fleißnoten entspricht. (Angenommen.)

(9961.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hermann Plaschkes um Erlassung des Schulgeldes für seinen Sohn Leopold, Schüler des Leopoldstädter Communal-Real- und Obergymnasiums, und beantragt die Stundung des Schulgeldes ausnahmsweise und im Gnadenwege; die definitive Befreiung vom Unterrichtsgelde ist vom Erfolge des I. Semesters abhängig zu machen. (Angenommen.)

(5939.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Regulierung der äußeren Schulbedienung. Es findet zunächst eine Generaldebatte statt. In derselben beantragt St.-R. Dr. Klotzberg, aufzunehmen, dass den Schuldienern das Heizmateriale und die Beleuchtung gewährt und bestimmt werde, das Provisorium hat mindestens drei Jahre zu dauern.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt, die Vorlage an den Magistrat zurückzuleiten, damit Vorschläge erstattet werden, welche das Budget nicht in solcher Weise belasten.

St.-R. Boschan beantragt, die Leistungen, welche dem Schuldiener obliegen, zusammenzufassen und für dieselben einen einheitlichen Lohn festzustellen.

St.-R. Dr. Huber beantragt, dass die Verhältnisse derart geregelt werden, dass dem Schuldiener, welcher eine Naturalwohnung innehat, auch das nöthige Brennmateriale zur Verfügung gestellt werde.

Magistratsrath Schnitt beantragt, dass die Begünstigung des Holz- und Kohlenbezuges auf Widerruf ertheilt werde.

Der Antrag der St.-R. Boschan und Dr. Nechansky wird abgelehnt und in die Specialdebatte eingegangen.

Anträge des Stadtraths-Referenten.

I. Rechtsverhältnisse der Schuldiener:

1. An jeder Volks- oder Bürgerschule ist ein Schuldiener zu bestellen. Für Doppelschulen von geringfügigem Umfange, deren Auswahl dem Stadtrathe obliegt, kann für die beiden Schulen ein Diener bestellt werden. (Angenommen.)

2. Die Schuldiener werden theils definitiv, theils provisorisch angestellt.

Der Antrag des St.-R. Dr. Klotzberg, dass die provisorisch angestellten Diener nach befriedigender dreijähriger Dienstzeit zu definitiven Dienern ernannt werden können, wird zurückgezogen, der Referenten-Antrag angenommen.

3. Für die definitiv angestellten Schuldiener gelten die mit den Gemeinderaths-Beschlüssen vom 28. October 1892 und vom 9. Juni 1893 getroffenen Bestimmungen. (Angenommen.)

4. Die provisorisch angestellten Schuldiener sind gegen einmonatliche Kündigung zu bestellen und haben einen Monatslohn von 30 fl., ferner ein Naturalquartier und in Ermanglung einer solchen ein Quartiergeld von monatlich 10 fl., endlich eine vollständige Amtsdienermontur zu erhalten.

Der Antrag des St.-R. Dr. Huber und Dr. Klotzberg bezüglich des Heizmateriales wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

5. Die definitiv angestellten Schuldiener unterstehen der Dienstespragmatik für die städtischen Beamten und Diener.

Die Entlassung provisorischer Schuldiener ohne Kündigung kann in allen Fällen erfolgen, in welchen nach der Dienstbotenordnung die Entlassung eines Dienstboten ohne Kündigung zulässig ist. (Angenommen.)

6. Die Zahl der definitiven Schuldienerstellen ist einschließlich der Schuldienerstelle am städtischen Pädagogium und jener an der Staats-Oberrealschule im XVIII. Bezirke, ferner der dermalen noch in der Communalverwaltung stehenden Mittelschulen auf 120 bestimmt. Provisorische Schuldiener sind dermalen 165 zu bestellen.

Magistratsrath Schnitt beantragt, statt des Schlusssatzes zu setzen: „Alle übrigen Schuldienerstellen werden provisorisch besetzt. Dieser Antrag wird angenommen, desgleichen im übrigen der Referenten-Antrag.

7. Die durch den Stadtrath erfolgende Ernennung zum definitiven Schuldiener hat in Hinkunft ausschließlich aus der Reihe der provisorischen Schuldiener zu geschehen.

St.-R. Boschan beantragt die Ersetzung des Wortes „ausschließlich“ durch „in der Regel“.

Der Referenten-Antrag wird mit der Modification des St.-R. Boschan angenommen.

8. Zu provisorischen Schuldienern sind zunächst die dermalen in Verwendung stehenden Schulhausbesorger, respective provisorischen Schuldiener in den ehemaligen Vororten zu bestellen.

Bei späteren Bestellungen von provisorischen Schuldienern haben die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 12 der Dienstpragmatik sinngemäße Anwendung zu finden.

Bei der ersten Besetzung der provisorischen Schuldienerstellen können auch die dermalen als Schulhausbesorgerinnen in Verwendung stehenden Frauenspersonen berücksichtigt werden. In Hinkunft ist die Anstellung von Frauenspersonen als provisorische Schuldiener nur mit specieller Bewilligung des Stadtrathes zulässig; zu definitiven Schuldienern können dieselben nie ernannt werden.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, statt der Worte „sind zunächst“ zu setzen: „in erster Linie“.

Der Referent modificiert seinen Antrag dahin: „Bei der ersten Besetzung von provisorischen Schuldienern ist in erster Linie auf die dermalen in Verwendung stehenden Schulhausbesorger, respective provisorischen Schuldiener in den ehemaligen Vororten Rücksicht zu nehmen.“

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

9. Wenn an einer Schule mehr als acht Lehrräume zu reinigen sind, erhalten sowohl die definitiv als provisorisch angestellten Schuldiener für die Besorgung des Reinigungsdienstes für die die Zahl 8 übersteigende Anzahl der zu reinigenden Lehrräume eine Zulage von

2 fl. pro Monat für jeden Lehrraum. Diese Entlohnung wird auch in den Ferialmonaten ausbezahlt.

Sind nur acht Lehrräume oder weniger zu reinigen, so wird eine besondere Entlohnung für die Verrichtung des Reinigungsdienstes nicht verabfolgt.

Die erforderlichen Requisiten und Materialien werden in limitiertem Ausmaße von der Gemeinde in natura beigestellt. Die näheren Detailbestimmungen hiefür trifft der Magistrat.

St.-R. Boschan beantragt, die Minimalgrenze für die zu reinigenden Lehrräume mit zehn und die Entlohnung für jeden Lehrraum mit 1 fl. 50 kr. zu bestimmen.

St.-R. Mayer beantragt die Ersetzung des Wortes „Lehrräume" durch „Lehrzimmer".

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, die Minimalgrenze der zu reinigenden Räume mit zehn, die Entlohnung jedoch im Sinne des Referenten-Antrages zu fixieren.

Es wird beschlossen, die Zahl der Lehrräume mit zehn zu bestimmen. Die Entlohnung mit 2 fl. wird abgelehnt und mit 1 fl. 50 kr. angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

10. Für die Besorgung des Turnschuldienstes erhalten die Schuldiener (sowohl definitive als provisorische) eine besondere Entlohnung von 60 fl. pro Jahr, respective 5 fl. pro Monat.

St.-R. Boschan beantragt die Streichung des Punktes 10.

St.-R. Mayer beantragt, statt 60 fl. den Betrag von 40 fl. zu setzen.

Der Vorsitzende beantragt, falls der Antrag des St.-R. Boschan angenommen wird, im § 9 anzufügen: „wobei jedoch der Turnsaal für zwei Lehrräume zu rechnen ist."

Es wird zunächst über die Entgeltlichkeit, beziehungsweise Unentgeltlichkeit des Turnschuldienstes abgestimmt.

Der Referenten-Antrag auf 60 fl. wird abgelehnt.

Der Antrag des St.-R. Mayer auf 40 fl. angenommen.

Der übrige Theil des Referenten-Antrages wird mit dem Zusatze angenommen, dass es statt „pro Jahr" heißt: „pro Schuljahr", und dass der Zusatz „respective 5 fl. pro Monat" entfällt.

11. Für die Besorgung der großen Reinigungsarbeiten, welche monatlich, beziehungsweise zweimonatlich zu erfolgen haben, sind Hilfskräfte aufzunehmen, die der Schulleiter oder der Schuldiener unter Controle des Schulleiters mittels Wochenlisten zu verrechnen hat.

Die Anzahl der Arbeitskräfte und Arbeitstage bestimmt der Ortsschulrath, der auch die bezügliche Überwachung besorgt.

St.-R. Schlechter beantragt, bezüglich des Punktes 11 einen Bericht des Magistrates einzuholen, welcher eine bestimmte unüberschreitbare Ziffer im Auge behält.

Nach den Anregungen des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und des St.-R. Dr. Lederer wird der Punkt 11 in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben:

„Die Besorgung der großen Reinigungsarbeiten, welche monatlich, beziehungsweise zweimonatlich zu erfolgen haben, wird entweder an einschlägige Unternehmungen vergeben oder durch Hilfskräfte besorgt, die der Schulleiter aufzunehmen und mittels Wochenlisten zu verrechnen hat."

Der Antrag des St.-R. Schlechter wurde zurückgezogen.

12. Die Schuldiener erhalten außer den bereits angeführten Bezügen für die Besorgung der dem Hausbesorger obliegenden Dienstesverrichtung eine Hausbesorgerbestallung, welche nach der Größe des Schulgebäudes mit 8, 10 und 12 fl. pro Monat für die Monate November bis inclusive März und mit 4, 5 und 6 fl. pro Monat für die übrigen Monate festgesetzt wird.

Die Festsetzung der Höhe der Hausbesorgerbestallung für jedes einzelne Schulgebäude ist innerhalb dieser Grenzen vom Magistrate vorzunehmen. (Angenommen.)

13. Für die Verrichtung des Heizgeschäftes während der Heizperiode (15. October bis 15. April) erhalten die Schuldiener, im Falle mehr als acht Räume zu beheizen sind, für jeden Raum über acht eine Zulage von 2 fl. pro Monat, wobei ein Turnsaal für zwei Räume gerechnet wird.

Sind nur acht Räume oder weniger zu beheizen, so wird eine besondere Entlohnung für die Verrichtung des Heizgeschäftes nicht verabfolgt.

Die Beistellung der erforderlichen Kerzen seitens der Gemeinde hat in Hinkunft zu entfallen.

Die bisher gewährte separate Vergütung für die Verkleinerung des Holzes wird eingestellt.

St.-R. Dr. Rechansky beantragt die Abänderung, statt „acht Räume" — „zehn Räume" zu setzen und die Entlohnung mit 1 fl. 50 kr. festzusetzen.

Referenten-Antrag mit der Modification des St.-R. Dr. Rechansky angenommen.

14. Für einzelne Schulen können mit Rücksicht auf die daselbst bestehenden Heizanlagen eigene Heizer bestellt werden. Die einzelnen Schulen und die Höhe des den bestellten Heizern zu gewährenden Taglohnes werden vom Stadtrathe bestimmt. (Angenommen.)

15. Schuldienern, welche erwiesenermaßen durch eine längere Zeit bethätigte Sorgfalt in der Verrichtung des Reinigungs- und Heizdienstes, sowie in der Hausaufsicht in dem Schulgebäude erhebliche Ersparungen für die Gemeinde erzielt haben, können von Zeit zu Zeit entsprechende Remunerationen gewährt werden, welche nach Maßgabe der budgetmäßigen Bedeckung der Magistrat bewilligt.

St.-R. Dr. Rechansky beantragt, Punkt 15 zu streichen.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Weglassung der Worte: „von Zeit zu Zeit".

St.-R. Dr. Lederer beantragt, im Sinne des Antrages des St.-R. Dr. Huber auch das Wort „entsprechende" zu eliminieren.

Der Referent accommodiert sich den Anträgen der St.-R. Dr. Huber und Dr. Lederer.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

Die Berathung dieses Gegenstandes wird sohin abgebrochen.

(9483.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Ausstellung einer Erklärung seitens der Francisca Edle v. Pelzln auf Belassung des der Gemeinde Wien aus dem Nachlasse nach Marie Edle v. Pelzln erblich zugefallenen Pastellbildes der erblasserischen Urgroßmutter „Greiner" in ihrer Verwahrung bis zu ihrem Ableben und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Ausstellung der vorgelegten Erklärung und Tragung der Stempelgebüren seitens der Gesuchstellerin.

Der Referenten-Antrag wird abgelehnt.

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien und Voranschläge der unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde pro 1895.

Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien, sowie Voranschläge der sämmtlichen unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde für das Verwaltungsjahr 1895 gelangen mit den Anträgen des Stadtrathes nunmehr zur Prüfung und Feststellung durch den Wiener Gemeinderath.

Im Sinne des § 50 des Wiener Gemeindestatutes werden diese Voranschläge vom 3. Jänner 1895 durch 14 Tage im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes I., Rathhaus, Lichtenfelsgasse, Stiege 5, 1. Stock, täglich während der gewöhnlichen Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht aufliegen und werden daselbst auch allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder zu Protokoll genommen werden.

* * *

Commission für Verkehrsanlagen.

29. December 1894.

In der abgelaufenen Woche waren bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 1221 Arbeiter verwendet; hievon wurden 698 beim Baue des Schleusencanales nächst Nußdorf, 309 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 214 an den Sammelcanälen beiderseits des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung beim Schleusencanalbau 4 Dampfmaschinen und 4 Fuhrwerke, bei den Bahnbauten 2 Dampfmaschinen und 16, beim Baue der Sammelcanäle 59 Fuhrwerke.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

December 1894.

Stand der Einlagen am 30. November 1894 5,401.560 fl. 17 kr.

Einlagen	365.276 fl.	86 kr.	von 1726 Parteien	
Capitalisierte Zinsen	88.723 „	21 „		
Rückgezahlt	433.478 „	13 „	an 1668 „	
Zunahme			20.521 fl.	94 kr.
Stand der Einlagen am 31. December 1894			5,422.082 fl.	11 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen			3,730.046 „	87 „

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

December 1894.

Eingelegt wurden von 412 Parteien	71.415 fl.	66 kr.
Behoben wurden von 412 Parteien	87.328 „	82 „
Es ergibt sich daher ein Minus von	15.913 fl.	16 kr.
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende November per	1,425.453 „	14 „
gibt mit Ende December 1894 bei 3644 offenen Conti einen Einlagestand von	1,409.539 fl.	98 kr.
und inclusive der capitalisierten Zinsen einen Stand von	1,434.995 „	07 „
Stand der Hypothekar-Darlehen	849.915 fl.	30 kr.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 23. December bis 29. December 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	200.766 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 139.126; aus Ober-Österreich — 1645; aus Tirol — —; aus Mähren — 5782; aus Galizien — 40.637; aus Ungarn — 9846; aus der Bukowina — 3730; aus Australien — —; aus Croatien — — kg)
Kalbfleisch	8.141 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 446; aus Ober-Österreich — 55; aus Mähren — 170; aus Galizien — 7470; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch	3.202 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 30; aus Mähren — —; aus Galizien — 1577; aus Ungarn 163; aus der Bukowina - 1432 kg)
Schweinfleisch	63.351 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 32.125; aus Ober-Österreich — —; aus Böhmen — 650; aus Croatien — 99; aus Mähren 3330; aus Galizien 23.952; aus Ungarn — 3195; aus der Bukowina — kg)
Kälber	1.402 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 234; aus Ober-Österreich 5; aus Mähren — 34; aus Galizien — 1077; aus Ungarn — 26; aus der Bukowina — 26; aus Tirol — —; aus Croatien — —; aus Salzburg — — St.)
Schafe	231 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 153; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren —; aus Galizien — 38; aus der Bukowina — 10; aus Croatien — —; aus Kärnten — —; aus Ungarn — 30 St.)
Schweine	1.228 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 147; aus Mähren — 2; aus Galizien — 1073; aus Ungarn — 6 St.)
Lämmer	7 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 7; aus Galizien — —; aus Ungarn — — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30	bis 75	kr. per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 48	„ 95	„ „ „
„	Australisches: vorderes		—	„ „ „
„	„ hinteres		—	„ „ „
Kalbfleisch		von 40	bis 80	„ „ „
Schaffleisch		„ 32	„ 47	„ „ „
Schweinfleisch		„ 40	„ 75	„ „ „
Kälber		„ 48	„ 64	„ „ „
Schafe		„ 30	„ 40	„ „ „
Schweine		„ 46	„ 66	„ „ „
Lämmer		„ 4	„ 5	fl. per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war geringer als in der Vorwoche, und war die Nachfrage wie alljährlich vor dem Neujahrstage, insbesondere für Schweine, eine äußerst lebhafte. Demzufolge wurden Schweine und Schweinfleisch um 2 bis 4 kr. per Kilogramm theuerer abgegeben, während Kälber, dann Kalb- und Schaffleisch einen Preisrückgang von 3 bis 4 kr. erlitten. Die Preise der übrigen Fleischwaren blieben unverändert.

Pferdemarkt vom 28. December 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 402 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 75—390 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . . 15— 65 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 31. December 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 192 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 70—180 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . . . 12— 52 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 31. December 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 2490, Weidevieh 180, Beinlvieh 869.

Summa . 3539.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1357
Galizische „ . . .	724
Deutsche „ . . .	1412
Büffel „ . . .	46

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	2811
Stiere	255
Kühe	473

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	51	bis	$67\frac{1}{2}$ fl.
(extrem .	„	69	„	70 „)
Galiz. Schlachtthiere .	„	53	„	65 „
(extrem .	„	—	„	— „)
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	68 „
(extrem .	„	$68\frac{1}{2}$	„	70 „)
Weidevieh	„	51	„	57 „

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 45%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von	22	bis	$33\frac{1}{2}$ fl.
Stiere	„	23	„	38 „
Kühe	„	22	„	32 „
Büffel	„	20	„	29 „
Beinlvieh	„	17	„	22 „
Weidevieh	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 26 bis 60 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	29 Stück
Beinlvieh	6 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 504 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war matt und sind die Preise von mehreren Partien Primaqualität um $^1/_2$ fl. per 100 kg gesunken; in Mittel- und minderen Sorten ist im allgemeinen keine Änderung eingetreten.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 29. December 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg)	von	6 fl.	65 kr.	bis	7 fl.	35 kr.
Roggen („ „ „ „ 71—78 „)	„	5 „	50 „	„	5 „	95 „
Gerste	„	5 „	25 „	„	9 „	— „
Mais	„	6 „	15 „	„	7 „	25 „
Hafer	„	5 „	85 „	„	6 „	75 „

b) Mahlproducte.

Grieß	von	11 fl.	— kr.	bis	12 fl.	50 kr.
Weizenmehl	„	5 „	— „	„	12 „	50 „
Roggenmehl	„	6 „	10 „	„	11 „	— „
Weizenkleie	„	3 „	55 „	„	3 „	90 „
Roggenkleie	„	3 „	80 „	„	3 „	90 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 20. December bis 27. December 1894.

Waren eingelagert	17.760	Meter-Centner
„ ausgelagert	13.002	„

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7690 Meter-Centner.

Lagerstand vom 27. December 1894: 411.722 Meter-Centner, und zwar:

93.112	Meter-Centner	Weizen,	94.578	Meter-Centner	Roggen,
76.958	„	Gerste,	52.758	„	Hafer,
3.940	„	Mais,	35.716	„	Ölsaaten,
20.573	„	Mehl u. Kleie,	1.300	„	Wein,
2.688	„	Zucker,	—	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,599.120 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 27. bis 31. December 1894:

Für Neubauten:

IV. Bezirk: Haus, Schleifmühlgasse Grdb.-Einl. 730, von Em. & Ed. Schweinburg, Baumeister (9195).
VII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 96 und 98, von Ludwig Zatzka, Baumeister (9129).
VIII. Bezirk: Haus, Fuhrmannsgasse 12, von Katharina Czermak, Bauführer Franz Prokesch (9188).

Für Zubauten:

III. Bezirk: Afrikanergasse 5, von J. C. Klinkosch, Bauführer Johann Nowak (9217).
VI. Bezirk: Mollardgasse 65, von Brüder Steininger, Bauführer C. Stöger (9237).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Fleischmarkt 6, von Heinz Gerl, Baumeister (9174).
II. Bezirk: Wintergasse 18, von Thomas Hofer, Baumeister (9221).
„ „ Kleine Sperlgasse 7, von Johann Müller, Bauführer Johann Kreutzer (9222).
III. Bezirk: Apostelgasse 27, von Anton Prokesch, Baumeister, noe. Anton Dengler (9171).
VI. Bezirk: Millergasse 42, von Marcus Abeles, Bauführer Franz Weiß (9219).
„ „ Gumpendorferstraße 95, von Karl Haas, Westbahnstraße 21, Bauführer Anton Honus (9236).
VIII. Bezirk: Strozzigasse 8, von Norbert März, Schwarzspanierstr. 12, Bauführer Ferdinand Hofer (9218).
„ „ Schmidgasse 18, von J. Rain, Langegasse 40, Bauführer M. Göb (9223).
„ „ Alserstraße 13, von Josef Kugler, Bauführer Leopold Scherer (9235).

XVI. Bezirk: Ottakring, Neumayergasse 24, von Martin und Francisca Schobel, XVI., Brunnengasse 21, Bauführer Josef Baldia (58301).
XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Dorotheergasse 13, von Johann Kugler, ebenda, Bauführer Vincenz Haschek (42715).

Stockwerks-Aufsetzungen:

VI. Bezirk: Millergasse 42, von Marcus Abeles, Bauführer Franz Weiß (9219).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

XIII. Bezirk: Lainz, Grdb.-Einl. 324, 325, 326, 327, 328, von Rosalia Peydl noe. Dr. Anton Meister, k. k. Notar (9227).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Spiegelgasse 4, von Arnold Lotz, III., Strohgasse 35 (9173).
XVI. Bezirk: Einl.-Z. 1834 und 1835, Ottakring, von Albert Katscher, II., Gerhardusgasse 28 (57798).

Gewerbeanmeldungen vom 27. December 1894.

Birnbaum Samuel S. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Wild Ignaz — Betrieb des Theaters in der Josefstadt — VIII., Josefstädterstraße 26 a.
Caffau Melanie — Damenkleidermachergewerbe — XVIII., Währing, Edelhofgasse 29.
Schremmer Josef — Färber — XVI., Ottakring, Friedmannsgasse 26.
Hopfner Johann — Flaschenbierhandel — XVII., Hernals, Hauptstr. 189.
Fröhlich Leopold — Fleischselchergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 48.
Dickinger Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 12.
Grablowitz Robert v. — Häuseradministration gegen Provision — I., Schottengasse 7.
Regner Alfred — Herausgeber der Druckschrift „Wiener Neueste Nachrichten" — I., Wollzeile 21.
Botka Karl — Kaffeesiedergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstr. 8.
Drexler Josef — Kaffeesieder — III., Erdbergstraße 6.
Streitenfels Alfred v. — Krankentransport mit eigenen Transportmitteln — VIII., Schlösselgasse 17.
Donner Andreas — Maurermeister — X., Himbergerstraße 74.
Krawczykowski Emilie — Milch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Eisnerstraße 16.
Voith Georg — Pachtweiser Betrieb des Gastwirtsgewerbes — III., Haidingergasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 28. December 1894.

Speziali Heinrich — Bäcker — V., Arbeitergasse 19.
Platzenteig Anna — Errichtung und Führung einer Privat-Gesangschule — IX., Hörlgasse 4.
Sztaffek Michael — Fischhandel — IV., Wiedner Hauptstraße 55.
Thamm Katharina — Fleischhauergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 25.
Vest Albine, v. — Führung einer Privat-Gesangschule — IX., Universitätsstraße 6.
Moghorossy Franz — Geflügel- und Victualienhandel — X., Himbergerstraße 22.
Rabude Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Spittelauerlände 3 c.
Neworal Franz — Häuseradministrierung — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 121.
Eberhard Adolf — Milch-Verschleiß — IX., Lustkandlgasse 4.
Zlatnik Johann — Pränumerantensammler — XIII., Penzing, Linzerstraße 59.
Kremser Elisabeth — Tapezierergewerbe — XIX., Heiligenstadt, Hardtgasse 17.
Jarosch Johann — Tischlergewerbe — XII., Meidling, Miesbachg. 36.
Heyduk August — Victualienhändler — IV., Favoritenlinie (Waghäuschen).
Stoll Karl — Wirtsgewerbe — X., Simmeringerstraße 136.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. December 1894.

Landesberg Leo — Baumeistergewerbe (Nichtbetrieb) — I., Deutschmeisterplatz 4.
Schwarz David — Friseur- und Raseurgewerbe — II., Kaiser Josefstr. 36.
Joachim Johann — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Rotherdstraße 811.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.